

Neues Wahlsystem bei Kommunalwahlen nach dem Gesetzentwurf der Landesregierung

1982 Abkehr vom Verhältniswahlrecht mit starren Listen, Übergang zur mit Personenwahl verbundenen Listenwahl

Die Diskussion um die Stärkung der Einflußmöglichkeiten der Bürger bei der Listengestaltung und bei der Stimmabgabe führte in Rheinland-Pfalz 1982 zu einer grundlegenden Novellierung des Kommunalwahlgesetzes. Das bis dahin geltende Recht war, abgesehen von den Fällen der Mehrheitswahl, als Verhältniswahl mit starren Listen ausgestaltet. Der Wähler hatte nur die Möglichkeit, eine der von den Wahlvorschlagsträgern vorgelegten Listen unverändert zu wählen oder sie abzulehnen.

Seit der Novellierung von 1982 werden in Rheinland-Pfalz die Mitglieder der kommunalen Vertretungsorgane bei Verhältniswahl nach den Grundsätzen einer mit Personenwahl verbundenen Listenwahl gewählt¹⁾. Jeder Wähler hat eine Listenstimme zur Kennzeichnung des Wahlvorschlags, den er wählen und sechs Personenstimmen zur Kennzeichnung von Bewerbern dieses Wahlvorschlags, die er bei der Zuteilung der Sitze begünstigen will, wobei er einem Bewerber bis zu drei Personenstimmen geben kann.

Bei der Sitzverteilung werden in einem ersten Berechnungsschritt die im Wahlgebiet zu vergebenden Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen entsprechend dem Verhältnis der auf sie entfallenen Zahl der Listenstimmen nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Das heißt, es wird zunächst das politische Ergebnis ermittelt.

Danach werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze listenintern entsprechend den jeweiligen Stimmenanteilen auf die unveränderte Liste und die veränderte Liste wiederum nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt verteilt. Der Berechnung wird als Ausgangszahl für die unveränderte Liste die Summe der Stimmzettel, auf denen nur die Listenstimme abgegeben wurde, und für die veränderte Liste die Summe der Stimmzettel, die mit mindestens einer Bewerberstimme versehen sind, zugrunde gelegt.

Die auf die veränderte Liste entfallenden Sitze stehen den Bewerbern mit den höchsten Personenstimmen-

zahlen zu. Die der Liste zustehenden Sitze werden den noch nicht berufenen Bewerbern nach der Reihenfolge der Liste zugeteilt.

Gesetzentwurf: Verhältniswahl mit offenen Listen

Die starke Zustimmung, die dieses bei den allgemeinen Kommunalwahlen 1984 erstmals angewandte personalisierte Verhältniswahlrecht gefunden hat²⁾, veranlaßte die Landesregierung, die Mitsprache der Wählerinnen und Wähler bei der Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane zu verstärken.

Die Landesregierung hat mit Drucksache 11/900 vom 9. März 1988 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz eingebracht. Hiernach werden Ortsgemeinderäte, Verbandsgemeinderäte, Stadträte und Kreistage künftig nach einem Verhältniswahlrecht mit offenen Listen gewählt. Die Erhöhung der Stimmenzahl, verbunden mit den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens, setzt den Wähler in die Lage, die Wahlvorschläge der Parteien und Wählergruppen in seinem Sinne zu verändern.

Kumulieren bedeutet, daß der Wähler mehrere Stimmen auf einen Bewerber konzentrieren kann, panaschieren, daß der Wähler innerhalb seines Stimmenkontingents auch Bewerber anderer Listen ankreuzen kann.

Mehrheitswahl auch weiterhin möglich

Wird nur ein oder kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht, so wird die Wahl wie bisher nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorge schlagenen Bewerber durchgeführt.

Zahl der Personenstimmen entspricht der Zahl der Ratsmitglieder

Wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, das ist der Fall, wenn mehr als ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wurde, so hat der Wähler nach dem Gesetzentwurf so viele Stimmen, wie Rats- bzw. Kreistagsmitglieder zu wählen sind.

Die Zahl der Ratsmitglieder der Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden und Städte ist in § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung, die der Kreistagsmitglieder für die Kreistage in § 22 der Landkreisordnung geregelt.

1) Vgl. M. Unglaub: Das neue Kommunalwahlrecht in Rheinland-Pfalz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 35. Jahrgang, Heft 7, Juli 1982.

2) Vgl. M. Unglaub: Kommunalwahlen 1984, I. Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf das Verhalten der Wähler und die Zusammensetzung der Vertretungsorgane. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 38. Jahrgang, Heft 3, März 1985.

Der Wähler hat demnach in Gemeinden (Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, großen kreisangehörigen Städten und kreisfreien Städten)

bis zu		300 Einwohnern	5 Stimmen
mit mehr als	300 bis	500 Einwohnern	7 Stimmen
mit mehr als	500 bis	1 000 Einwohnern	11 Stimmen
mit mehr als	1 000 bis	2 500 Einwohnern	15 Stimmen
mit mehr als	2 500 bis	5 000 Einwohnern	19 Stimmen
mit mehr als	5 000 bis	7 500 Einwohnern	21 Stimmen
mit mehr als	7 500 bis	10 000 Einwohnern	23 Stimmen
mit mehr als	10 000 bis	15 000 Einwohnern	27 Stimmen
mit mehr als	15 000 bis	20 000 Einwohnern	31 Stimmen
mit mehr als	20 000 bis	30 000 Einwohnern	35 Stimmen
mit mehr als	30 000 bis	40 000 Einwohnern	39 Stimmen
mit mehr als	40 000 bis	60 000 Einwohnern	43 Stimmen
mit mehr als	60 000 bis	80 000 Einwohnern	47 Stimmen
mit mehr als	80 000 bis	100 000 Einwohnern	51 Stimmen
mit mehr als	100 000 bis	150 000 Einwohnern	55 Stimmen
mit mehr als		150 000 Einwohnern	59 Stimmen

in Landkreisen

bis zu		60 000 Einwohnern	33 Stimmen
mit mehr als	60 000 bis	80 000 Einwohnern	37 Stimmen
mit mehr als	80 000 bis	125 000 Einwohnern	41 Stimmen
mit mehr als	125 000 bis	150 000 Einwohnern	45 Stimmen
mit mehr als		150 000 Einwohnern	49 Stimmen

Kumulieren und Panaschieren zugelassen

Sieht man von den kleinsten Gemeinden bis 300 Einwohner ab, deren Gemeinderäte ohnehin zu rund 93 % nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl gewählt werden, so stehen dem Wähler entsprechend der Größe des Vertretungsorgans mehr Stimmen als bisher zur Verfügung.

Der Wähler kann die ihm zustehenden Stimmen auf verschiedene Weise vergeben; er kann

- nur den Wahlvorschlag kennzeichnen und diesen damit unverändert annehmen,
- sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Stimmen einer Liste zukommen lassen, diesen Wahlvorschlag aber in der Bewerberreihenfolge verändern, indem er bis zu drei Stimmen auf einzelne Bewerber konzentriert, das heißt kumuliert,
- innerhalb seines Stimmenkontingents auch Bewerber anderer Listen bis zu dreimal ankreuzen, das heißt panaschieren.

Wählerfreundliche Auslegungs- und Heilungsvorschriften

Durch sehr wählerfreundliche Auslegungs- und Heilungsvorschriften verhindert der Gesetzentwurf, daß die dem Wähler zugestandene Stimmenzahl zusammen mit den Veränderungsmöglichkeiten der Wahlvorschläge zu einem hohen Anteil ungültiger Stimmen führt. Neben den allgemeinen auch in allen anderen Wahlgesetzen normierten Bestimmungen über die Ungültigkeit von Stimmzetteln, zum Beispiel dem Verbot nichtamtlicher

Herstellung und dem Verbot, andere Kennzeichnungen als die der Kandidaten auf dem Stimmzettel anzubringen, kennt der Gesetzentwurf im Grunde nur zwei Fälle, die die Anerkennung der Stimmabgabe verhindern:

- wenn ein Wähler panaschiert und die ihm zur Verfügung stehende Stimmenzahl überschritten hat;
- wenn nicht kenntlich ist, welchen Kandidaten der Wähler seine Stimmen zukommen lassen wollte; insbesondere wenn er mehrere Wahlvorschläge angekreuzt hat, ohne daß er Einzelstimmen vergeben hat.

Alle weiteren Varianten der Stimmabgabe werden als gültig behandelt, selbst dann, wenn der Wähler innerhalb eines Wahlvorschlags kumuliert und dabei die ihm zustehende Stimmenzahl überschritten hat.

Einzelstimmvergabe geht vor Gesamtstimmvergabe

Bei der Auswertung der Stimmen gilt der Grundsatz: Einzelstimmvergabe geht vor Gesamtstimmvergabe.

Gesamtstimmvergabe liegt vor, wenn der Wähler nur einen Wahlvorschlag in der Kopfleiste ankreuzt³⁾ und auf die Vergabe von Einzelstimmen, das heißt die Kennzeichnung einzelner Bewerber verzichtet.

Er gibt damit zu erkennen, daß er diesen Wahlvorschlag unverändert annehmen will. Daher wird bei der Stimmenauszählung jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen Bewerber eine Stimme zugeteilt. Danach verbleibende Stimmen werden entsprechend durch Vergabe von Zweit- und Drittstimmen zugeteilt. Wird hierbei das Stimmenkontingent nicht ausgeschöpft, so verzichtet der Wähler auf seine weiteren Stimmen.

Eine unveränderte Annahme des Wahlvorschlags liegt nicht vor, wenn der Wähler außerdem Bewerber kennzeichnet.

Hat der Wähler hierbei seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft und einen Wahlvorschlag mit der „Listenstimme“ gekennzeichnet, so gilt diese Kennzeichnung als Vergabe der nicht genutzten Stimmen. In diesem Fall wird jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen oder bereits mit der zulässigen Höchstzahl von drei Einzelstimmen gekennzeichneten Bewerber eine Stimme zugeteilt. Enthält der Wahlvorschlag weniger Bewerber, als Ratsmitglieder zu wählen sind, und wird durch die Zuteilung von Zweit- und anschließend Drittstimmen das Stimmenkontingent nicht ausgeschöpft, so verzichtet der Wähler auf seine weiteren Stimmen.

Hat der Wähler seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft und keinen oder mehrere Wahlvorschläge mit der „Listenstimme“ gekennzeichnet, so verzichtet er auf die weiteren Stimmen.

Vergibt der Wähler in nur einem Wahlvorschlag mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen, so sind solange, bis die dem Wähler zustehende Stimmenzahl nicht mehr überschritten ist, in der Reihenfolge des

3) Zum besseren Verständnis wird die Kennzeichnung des Wahlvorschlags in der Kopfleiste des Stimmzettels im folgenden Text als Kennzeichnung des Wahlvorschlags mit der „Listenstimme“ bezeichnet.

Wahlvorschlags von unten nach oben Stimmen unberücksichtigt zu lassen. Und zwar

1. zunächst die Stimmen für Bewerber mit nur einer Stimme,
2. dann eine der beiden Stimmen für Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat,
3. dann die andere Stimme der Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat,
4. schließlich die Stimmen für Bewerber, denen der Wähler drei Stimmen gegeben hat, nach den vorgenannten Grundsätzen.

Hat der Wähler mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen vergeben, und dabei Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen gekennzeichnet, so ist die Stimmabgabe insgesamt ungültig, gleichgültig ob er einen Wahlvorschlag mit der „Listenstimme“ gekennzeichnet hat oder nicht.

Gibt der Wähler einem Bewerber mehr als drei Stimmen, so gelten nur drei Stimmen als auf ihn abgegeben. Die über drei hinaus kumulierten Mehrstimmen sind nicht ungültig, sondern werden nur als nicht abgegeben behandelt. Dies hat einerseits zur Folge, daß die zuviel abgegebenen Stimmen bei Unterschreiten der Stimmenzahl zum Auffüllen verwendet werden können und andererseits durch solche Stimmen das Stimmenkontingent nicht überschritten werden kann, was bei der Kennzeichnung von Bewerbern in mehreren Wahlvorschlägen zur Ungültigkeit der Stimmabgabe führen würde.

Einteilung des Wahlgebiets in Wahlbereiche weiterhin möglich

Um eine ausgewogene Vertretung örtlicher Interessen zu ermöglichen, kann die Vertretungskörperschaft in Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern mit Zweidrittelmehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl das Wahlgebiet in Wahlbereiche unterteilen.

Bei einer Einwohnerzahl von mehr als 5 000 bis 10 000 Einwohnern beträgt die Mindestzahl der Wahlbereiche zwei, die Höchstzahl vier, von 10 000 bis 40 000 Einwohnern können vier oder fünf Wahlbereiche gebildet werden, bei mehr als 40 000 Einwohnern fünf bis zehn.

Ist das Wahlgebiet in Wahlbereiche eingeteilt, so ist von dem für die Kandidatenaufstellung im gesamten Wahlgebiet zuständigen Gremium für jeden Wahlbereich ein eigener Wahlvorschlag (Wahlbereichsliste) aufzustellen. Damit können Parteien und Wählergruppen bei der Aufstellung der Bewerber örtliche, bei größeren Wahlgebieten auch regionale Gegebenheiten und Interessen besser berücksichtigen. Der Stimmzettel ist somit innerhalb des Wahlgebiets, dessen Vertretungsorgan gewählt wird, von Wahlbereich zu Wahlbereich verschieden.

Bei der Abgrenzung der Wahlbereiche sind die örtlichen Verhältnisse und der räumliche Zusammenhang zu berücksichtigen. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlbereiche soll nicht mehr als 25 % nach oben oder unten betragen. Bei der Abgrenzung der Wahlbereiche für die Wahlen zu den

Verbandsgemeinderäten und den Kreistagen sind die Gemeindegrenzen einzuhalten. Das bedeutet, daß Gemeindegrenzen nicht durchschnitten, wohl aber das Gebiet einer Gemeinde in Wahlbereiche eingeteilt werden kann.

Bei der Zuteilung der Sitze werden die auf eine Partei oder Wählergruppe im Wahlgebiet entfallenden Mandate ihren Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis der in den einzelnen Wahlbereichen für die Bewerber ihrer Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen nach dem Verfahren Hare-Niemeyer zugeteilt.

Ist ein Bewerber auf mehreren Wahlbereichswahlvorschlägen gewählt worden, so wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleichen Stimmenzahlen wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er an früherer Stelle im Wahlvorschlag benannt ist.

Höchstzahlverfahren nach d'Hondt durch Verfahren Hare-Niemeyer ersetzt, Wegfall der 5 %-Klausel

Die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge erfolgt künftig nach dem Verfahren Hare-Niemeyer. Die 5 %-Sperrklausel für die Teilnahme an der Sitzverteilung wurde wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gestrichen.

Das Berechnungsverfahren nach Hare-Niemeyer soll eine mathematisch exaktere Übertragung der Stimmenverhältnisse auf die Sitzverteilung als das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt bringen. Mit der Beibehaltung des d'Hondtschen Verfahrens hätte man allerdings nach Abschaffung der 5 %-Sperrklausel Zufälligkeiten bei der Zuteilung der Restsitze nach Bruchteilen wirksam begegnen können.

In der Diskussion um den Wegfall der 5 %-Klausel und um die Einführung eines wie auch immer gestalteten Ersatzes zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungsorgane sollte nicht unberücksichtigt bleiben, daß es sich bei dem neuen Wahlsystem trotz des starken Personenbezugs in erster Linie um ein Verhältniswahlrecht nach Wahlvorschlägen handelt. Ein Bewerber kann nur dann einen Sitz erhalten, wenn dem Wahlvorschlag, für den er kandidiert, im ersten Berechnungsschritt entsprechend Sitze zugeteilt wurden. In die Ausgangszahlen für diese erste Berechnung gehen aber auch die den Bewerbern kraft gesetzlicher Ergänzungsvorschriften zugeteilten Stimmen und die Stimmen der nicht zum Zuge kommenden Bewerber ein.

Die Regelung des Gesetzentwurfs, die Zuteilung der Sitze vom Erreichen eines Wahlschlüssels (Gesamtzahl aller gültigen Stimmen geteilt durch die Zahl der zu vergebenden Sitze) abhängig zu machen, kann wegen der in Gemeinden mit 19 und weniger Ratsmitgliedern über 5 % hinausgehenden Sperrwirkung nicht beibehalten werden.

Um die auf einen Wahlvorschlag entfallenden Sitze zu ermitteln, werden die insgesamt zu vergebenden Sitze mit der Gesamtzahl der für die Bewerber des Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen multipliziert und durch die Gesamtzahl der für die Bewerber aller Wahlvor-

schläge abgegebenen Stimmen dividiert. Die Gesamtzahlen enthalten sowohl die von den Wählern abgegebenen als auch die nach den gesetzlichen Auffüllbestimmungen zugeteilten Stimmen.

Mathematisch geschrieben lautet der Verteilungsmodus:

$$\frac{\text{Zahl der Ratssitze} \times \text{Gesamtzahl der Stimmen der Bewerber des Wahlvorschlags} \dots}{\text{Gesamtzahl der Stimmen der Bewerber aller Wahlvorschläge}}$$

Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Danach zu vergebende Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zugeteilt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Führt die absolute Stimmenmehrheit eines Wahlvorschlags nicht auch zur absoluten Mehrheit der Sitze, so wird das reine Proportionalverfahren dahingehend modifiziert, daß vor der Vergabe der Sitze auf die höchsten Zahlenbruchteile zunächst dem Wahlvorschlag, auf den mehr als die Hälfte der für die Bewerber aller Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen entfallen, ein weiterer Sitz zugeteilt wird.

Die auf eine Liste entfallenen Sitze werden den einzelnen Bewerbern nach der Reihenfolge der Höhe ihrer Stimmenzahlen zugewiesen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.

Ersatzleute sind die nicht berufenen Bewerber des Wahlvorschlags. Ihre Reihenfolge richtet sich ebenfalls nach der Anzahl der auf sie entfallenen Stimmen.

Wahlsystem durch intensive Öffentlichkeitsarbeit transparent machen

Die neuen Möglichkeiten der Stimmabgabe und deren Auswirkungen müssen dem Wähler durch intensive Aufklärungsarbeit transparent und verständlich gemacht werden. Bei dem neuen Wahlsystem handelt es sich in erster Linie um ein Verhältniswahlrecht. Viele Wähler, die panaschieren, werden das Wahlrecht für ein Personenwahlrecht halten und annehmen, daß die von ihnen bestimmten Kandidaten zuerkannten Stimmen nur diesem und nicht gleichzeitig ihrer Partei zukommen. Ihnen muß deutlich gemacht werden, daß die Panaschierstimmen immer der Partei und nicht einmal in jedem Falle der Partei und dem Kandidaten nützen. Die Partei profitiert nämlich allein von Panaschierstimmen, wenn der präferierte Kandidat kein Mandat erreicht.

Eingehende Unterrichtung der Wahlvorstände unerlässlich

Die vorausgegangenen Ausführungen und die im Anhang dargestellten Beispiele für die Stimmenaushwertung zeigen, daß das Bestreben des Gesetzgebers, sowohl dem Wähler die größtmöglichen Freiheitsrechte einzuräumen, als auch – wie es dem demokratischen Prinzip entspricht – möglichst viele Stimmen gültig zu erhalten, zu teilweise komplizierten Auslegungs- und Heilungsvorschriften führte. Sie machen eine ungültige Stimmabgabe nahezu unmöglich und sichern weitgehend die Ausschöpfung des Stimmenpotentials des

einzelnen Wählers. Die örtlichen Wahlvorstände und die mit der Überprüfung des Wahlergebnisses befaßten Wahlorgane sind bei der Bewertung der Stimmabgabe und der Ermittlung des Ergebnisses allerdings in erheblichem Maße gefordert, zumal bereits die Auszählung von Stimmzetteln mit zweifelsfrei kumulierten oder panaschierten Stimmen relativ zeitraubend ist.

Verfahrensalternativen denkbar

Schwierigkeiten dürften den Wahlvorständen vor allem die Umsetzung der Regeln zur Ergänzung unvollständiger Stimmabgaben und zur Streichung zuviel abgegebener Stimmen bereiten. Ihre Anwendung erfordert zudem einen hohen Arbeits- und Zeitaufwand. Hier sind verfahrensvereinfachende Alternativen durchaus denkbar. So wäre es überlegenswert, die ungenutzten Stimmen dem mit der „Listenstimme“ angekreuzten Wahlvorschlag insgesamt, nicht aber einzelnen Bewerbern nach ihrer Reihenfolge auf dem Stimmzettel gutzuschreiben und diese Stimmen nur bei der Ermittlung der Ausgangszahlen für die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge zu berücksichtigen. Dem Anliegen des Gesetzentwurfs, die Kennzeichnung des Wahlvorschlags mit der „Listenstimme“ als Vergabe der ungenutzten Stimmen zu sehen und diese so für den Wahlvorschlag zu retten, würde in vollem Umfang entsprochen. Das Verfahren würde zudem die Entscheidung des Wählers im personellen Bereich nicht durch Stimmeneuteilungen kraft Gesetzes ändern und zu einem dem Wählerwillen entsprechenden Ergebnis der Personwahl führen.

Auch Wahlvorschlägen mit einer nach dem Gesetzentwurf für die Ausnutzung des Gesamtstimmendenpotentials zu geringen Bewerberzahl kann bei diesem Verfahren die volle Stimmenzahl zugeteilt werden. Hat der Wähler mehr Stimmen vergeben als ihm zur Verfügung stehen, so können die Bewerberstimmen unberücksichtigt bleiben und die dem Wähler zustehenden Stimmen dem Wahlvorschlag gutgeschrieben werden.

Diese Vereinfachung wäre auch durch die Beibehaltung einer „bewerteten Listenstimme“ für die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge erreichbar. Der Wert der „Listenstimme“ entspricht bei diesem Verfahren grundsätzlich der Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder. Panaschierte Stimmen für andere Wahlvorschläge sind von diesem Wert abzuziehen. Die Gesamtzahl der „bewerteten Listenstimmen“ eines Wahlvorschlags ergibt sich aus der Zahl der auf ihn entfallenen „Listenstimmen“, multipliziert mit der Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder. Dem Ergebnis ist die Summe der panaschierten Einzelstimmen für Bewerber des eigenen Wahlvorschlags hinzuzuzählen und die Summe der panaschierten Einzelstimmen für Bewerber anderer Wahlvorschläge abzuziehen.

Dr. Manfred Unglaub

Anhang

- Anlage 1 Für das neue Wahlsystem relevante Vorschriften des Gesetzentwurfs
- Anlage 2 Stimmzettelmuster
- Anlage 3 Beispiele für die Stimmenaushwertung
- Anlage 4 Berechnungsbeispiel zur Sitzverteilung

Für das neue Wahlsystem relevante Vorschriften des Gesetzentwurfs¹⁾

§32 – Stimmabgabe bei Verhältniswahl

„(1) Bei Verhältniswahl wird unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen gewählt:

1. Der Wähler hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Gemeinderats zu wählen sind.
2. Der Wähler kann seine Stimmen nur Bewerbern geben, deren Namen in einem zugelassenen Wahlvorschlag enthalten sind.
3. Der Wähler kann innerhalb der ihm zustehenden Stimmenzahl einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (kumulieren).
4. Der Wähler kann seine Stimmen innerhalb der ihm zustehenden Stimmenzahl Bewerbern aus verschiedenen Wahlvorschlägen geben (panaschieren).
5. Der Wähler vergibt seine Stimmen durch Ankreuzen oder sonst einer Kennzeichnung, die seine Stimmabgabe zweifelsfrei erkennbar macht.
6. Der Wähler kann durch Kennzeichnung eines Wahlvorschlags diesen unverändert annehmen (Listenstimme). In diesem Fall wird jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen Bewerber eine Stimme zugeteilt. Danach verbleibende Stimmen werden entsprechend Satz 2 durch Vergabe von Zweit- und anschließend Drittstimmen zugeteilt. Eine unveränderte Annahme des Wahlvorschlags liegt nicht vor, wenn der Wähler in einem oder mehreren Wahlvorschlägen einzelnen Bewerbern Stimmen gibt.“

(2) Der Wähler faltet in der Wahlzelle den Stimmzettel so, daß bei der Stimmabgabe andere Personen nicht erkennen können, wie er gewählt hat, und legt den Stimmzettel in die Wahlurne.

(3) Der Wähler kann seine Stimmen nur einmal und nur persönlich abgeben. Eine Vertretung ist unzulässig. Ein Wähler, der des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten oder in die Wahlurne zu legen, kann sich einer Person seines Vertrauens bedienen.

§37 – Ungültige Stimmabgabe bei Verhältniswahl – Auslegungsregeln

(1) Bei Verhältniswahl ist die Stimmabgabe ungültig, wenn der Stimmzettel

1. als nicht amtlich hergestellt erkennbar oder für ein anderes Wahlgebiet oder einen anderen Wahlbereich gültig ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

(2) Hat der Wähler einem Bewerber mehr als drei Stimmen gegeben, so gelten auf den Bewerber nur drei Stimmen als abgegeben.

(3) Die Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge bleibt unberücksichtigt, gleichgültig, ob der Wähler Bewerbern Stimmen gibt oder nicht. Hat der Wähler seine Stimmenzahl ausgeschöpft, bleibt auch die Kennzeichnung eines Wahlvorschlags unberücksichtigt.

(4) Hat der Wähler, gleichgültig ob er einen Wahlvorschlag gekennzeichnet hat oder nicht, insgesamt mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen vergeben, so ist die Stimmabgabe ungültig, wenn Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen gekennzeichnet wurden. Hat der Wähler in nur einem Wahlvorschlag mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen vergeben, so gilt folgendes: Bis die dem Wähler zustehende Stimmenzahl nicht mehr überschritten ist, sind in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von unten nach oben unberücksichtigt zu lassen

1. zunächst die Stimmen für Bewerber mit nur einer Stimme,
2. dann eine der beiden Stimmen für Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat,
3. dann die andere Stimme der Bewerber nach Nummer 2,
4. schließlich die Stimmen für Bewerber, denen der Wähler drei Stimmen gegeben hat, nach den Grundsätzen der Nummern 2 und 3.

(5) Hat der Wähler seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft und einen Wahlvorschlag gekennzeichnet, gilt die Kennzeichnung des Wahlvorschlags als Vergabe der nicht ausgeschöpften Stimmen. In diesem Fall wird jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen und der bereits mit der zulässigen Höchstzahl (§ 32 Abs. 1 Nr. 3) gekennzeichneten Bewerber eine Stimme zugeteilt. Danach verbleibende Stimmen werden entsprechend Satz 2 durch Vergabe von Zweit- und anschließend Drittstimmen zugeteilt.

(6) Hat der Wähler seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft und keinen oder mehrere Wahlvorschläge gekennzeichnet, so verzichtet er auf die weiteren Stimmen.

§41 – Verteilung der Sitze bei Verhältniswahl

(1) Die Zuteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen erfolgt wie folgt: Die Zahl der insgesamt zu vergebenden Sitze, vervielfacht mit der Gesamtzahl der für die Bewerber des einzelnen Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen, wird durch die Gesamtzahl der für die Bewerber aller Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen geteilt. Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Danach zu vergebende Sitze sind in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlausschusses zu ziehende Los. Erhält bei der Verteilung der Sitze nach den Sätzen 1 bis 4 der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe, auf den mehr als die Hälfte der für die Bewerber aller Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der zu vergebenden Sitze, wird ihm von den nach Zahlenbruchteilen zu vergebenden Sitzen abweichend von den Sätzen 3 und 4 zunächst ein weiterer Sitz zugeteilt. Danach zu vergebende Sitze werden wieder nach den Sätzen 3 und 4 zugeteilt.

(2) An der Zuteilung der Sitze nehmen die Parteien und Wählergruppen nicht teil, die weniger Stimmen erhalten haben, als erforderlich sind, um einen Sitz im Gemeinderat zu erhalten; die Stimmen dieser Parteien und Wählergruppen bleiben unberücksichtigt. Dies gilt auch im Falle der Listenverbindung (§ 15 Abs. 2).

(3) Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden nach dem Verfahren gemäß Absatz 1 auf die verbundenen Wahlvorschläge aufgeteilt.

(4) Die einem Wahlvorschlag zugefallenen Sitze werden den darin enthaltenen Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen zugewiesen. Haben mehrere Bewerber die gleiche Stimmenzahl erhalten, entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.

§42 – Verteilung der Sitze bei Verhältniswahl in einem Wahlgebiet mit mehreren Wahlbereichen

(1) Die im Wahlgebiet zu vergebenden Sitze werden den Parteien und Wählergruppen nach Maßgabe des § 41 Abs. 1 zugeteilt.

(2) Die einer Partei oder Wählergruppe nach Absatz 1 im Wahlgebiet zugefallenen Sitze werden ihren Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis der in den einzelnen Wahlbereichen für die Bewerber ihrer Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen, vervielfacht mit der Zahl der im Wahlgebiet auf sie entfallenen Sitze, geteilt durch die Gesamtzahl der im Wahlgebiet für die Bewerber dieses Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen zugeteilt. § 41 Abs. 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Für die weitere Verteilung der einem Wahlvorschlag nach Absatz 2 zugefallenen Sitze gilt § 41 Abs. 4 entsprechend.

(4) Ist ein Bewerber auf mehreren Wahlbereichswahlvorschlägen gewählt worden, so wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er an früherer Stelle im Wahlvorschlag benannt ist. Bei Nennung in den Wahlvorschlägen an gleicher Stelle entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlausschusses zu ziehende Los.

§45 – Ersatzleute

(1) Lehnt ein Gewählter die Wahl ab oder scheidet er durch Tod, Verzicht, Verlust der Wahlberechtigung oder Wahlbarkeit, durch Ungültigkeitserklärung der Wahl oder aus anderen Gründen aus, ist ein Ersatzmann einzuberufen.

(2) Bei Verhältniswahl sind die nicht berufenen Bewerber des Wahlvorschlags Ersatzleute. Ihre Reihenfolge richtet sich nach der Anzahl der auf sie entfallenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.

(3) Ist das Wahlgebiet in Wahlbereiche unterteilt, gilt Absatz 2 entsprechend. Ist danach der Wahlbereichswahlvorschlag erschöpft, dann rückt der als nächster berufene Bewerber eines anderen Wahlbereichswahlvorschlags der Partei oder Wählergruppe nach, die bei der Einreichung der Wahlvorschläge als Ersatzliste für diesen Wahlbereich bestimmt wurde. Ansonsten bleibt der Sitz unbesetzt.

(4) Bei Mehrheitswahl (§ 22) ist der nächste noch nicht berufene Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl einzuberufen. Im Falle von Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los. Die Feststellung des Ersatzmannes obliegt dem Wahlleiter.

(5) Der Wahlleiter hat den Ersatzmann gemäß § 44 zu benachrichtigen.

1) Die Änderungen sind durch Kursivdruck hervorgehoben.

Stimmzettel^{1) 2)} für die Wahl zum Gemeinderat der Gemeinde³⁾ _____

am _____ 19 ____

Sie haben _____⁴⁾ Stimmen!

- 1) Sie können diese Stimmen einzeln abgeben, indem Sie die Stimmen Bewerber eines oder mehrerer Wahlvorschläge geben; dabei können Sie einem Bewerber bis zu 3 Stimmen geben.
- 2) Sie können auf die Abgabe von Einzelstimmen verzichten und durch Kennzeichnung eines Wahlvorschlags in der Kopfleiste (X) diesen unverändert annehmen mit der Folge, daß den in diesem Wahlvorschlag aufgeführten Bewerbern die Stimmen zugerechnet werden.
- 3) Sie können **neben** der Einzelstimmabgabe auch noch **einen** Wahlvorschlag in der Kopfleiste ankreuzen mit der Folge, daß die nicht durch Einzelstimmabgabe ausgeschöpften Stimmen den Bewerbern des gekennzeichneten Wahlvorschlags zugerechnet werden.

Partei A				
1. Mörsberger, Jean				
2. Sperber, Babette				
3. Kohler, Traudl				
4. Sand, Karl				
5. Roth, Hans				
6. Möbus, Wilhelm				
7. Kaspar, Ludwig				
8. Haack, Dieter				
9. Gabler, Hertha				
10. Dr. Renner, Dieter				
11. Küffner, Gerhard				

Partei B				
1. Preuß, Sebastian				
2. Scharfe, Gustl				
3. Bubner, Karl				
4. Kübel, Gerhard				
5. Schletz, Renate				
6. Stelzner, Hilde				
7. Mösch, Hermann				
8. Dr. Hickl, Ernst				
9. Drexler, Gabriele				
10. Kehlen, Emma				
11. Holzmann, Manfred				

Partei C				
1. Ruppert, Inge				
2. Maisel, Irmgard				
3. Haumann, Adelheid				
4. Wellhöfer, Elfriede				
5. Chaborski, Harlindis				
6. Meisner, Hans				
7. Bober, Norbert				
8. Grüner, August				
9. Schmidt, Robert				
10. Conrad, Rainer				
11. Landgraf, Brigitte				

Wählergruppe D				
1. Bayer, Horst				
2. Hartmann, Dieter				
3. Lokies, Otto				
4. Zuleeg, Manfred				
5. Liermann, Otto				
6. Wagner, Horst				
7. Unger, Karl				
8. Kühnlein, Theo				
9. Schläger, Rudi				
10. Köhler, Hermann				
11. Kropf, Klaus				

Die Stimmabgabe ist insgesamt ungültig,

- wenn Sie mehr als einen Wahlvorschlag ankreuzen, ohne gleichzeitig Einzelstimmen zu vergeben,
- wenn Sie mehr als die Ihnen zur Verfügung stehenden Einzelstimmen vergeben und dabei Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen kennzeichnen.

Stimmzettel nach innen falten!

- 1) Bei Wahlen zum Verbandsgemeinderat und zum Kreistag sind zusätzlich zum Namen und Vornamen der Bewerber auch deren Wohnort anzugeben.
- 2) Bei Wahlen zum Orts-/Gemeinderat können zur besseren Unterscheidung der Bewerber, Gemeindeteil, Straße und Hausnummer angegeben werden. Innerhalb der gleichen Hausnummer kann auch die Angabe "junior-jr." oder "senior-sen." erfolgen.
- 3) Bei Wahlen zum Verbandsgemeinderat und zum Kreistag die entsprechenden Angaben einsetzen.
- 4) Die nach §29 Abs.2 GemO/§22 Abs.2 LKO maßgebende Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder/Kreistagsmitglieder einsetzen.

Beispiel 1:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean		1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette		2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl		3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans		5. Schletz, Renate	
6. Möbus, Wilhelm		6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig		7. Mösch, Hermann	
8. Haack, Dieter		8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	
10. Dr. Renner, Dieter		10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat auf die Veränderung des Stimmzettels verzichtet und den Wahlvorschlag 1 unverändert angenommen. Jeder Bewerber erhält eine Stimme.

§ 32 Abs. 1 Nr. 6 Sätze 1 und 2 KWG – E

Beispiel 2:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean		1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette		2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl		3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans		5. Schletz, Renate	
		6. Stelzner, Hilde	
		7. Mösch, Hermann	
		8. Dr. Hickl, Ernst	
		9. Drexler, Gabriele	
		10. Kehlen, Emma	
		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat den Wahlvorschlag 1 unverändert angenommen. Jedem Bewerber wird zunächst von oben nach unten je eine Stimme zugeteilt. Da der Wahlvorschlag nur 5 Bewerber enthält, werden die verbleibenden 6 Stimmen den Bewerbern durch Vergabe von Zweit- und Drittstimmen von oben nach unten zugeteilt. Somit entfallen auf den Bewerber Mörsberger 3, auf die übrigen Bewerber je 2 Stimmen.

§ 32 Abs. 1 Nr. 6 Sätze 1 bis 3 KWG – E

Beispiel 3:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean		1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette		2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl		3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans		5. Schletz, Renate	
6. Möbus, Wilhelm		6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig		7. Mösch, Hermann	
8. Haack, Dieter		8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	
10. Dr. Renner, Dieter		10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat den Wahlvorschlag 1 mit Ausnahme der gestrichenen Bewerber angenommen. Jeder der nicht gestrichenen Bewerber des Wahlvorschlags 1 erhält zunächst je eine Stimme. Da der Wähler damit nur 7 Stimmen vergeben hat, werden die 4 ungenutzten in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten zugeteilt, wobei gestrichene Bewerber nicht berücksichtigt werden. Somit entfallen auf die Bewerber Mörsberger, Kohler, Roth und Möbus je 2, auf die Bewerber Kaspar, Haack und Dr. Renner je 1 Stimme.

§ 32 Abs. 1 Nr. 6 KWG – E

Beispiel 4:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean	X X X	1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette		2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl	X	3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans		5. Schletz, Renate	X X
6. Möbus, Wilhelm	X X	6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig		7. Mösch, Hermann	
8. Haack, Dieter		8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	X
10. Dr. Renner, Dieter		10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat durch Einzelstimmabgabe, Kumulieren und Panaschieren insgesamt 9 Stimmen abgegeben. Da er keinen Wahlvorschlag gekennzeichnet hat, verzichtet er auf die ungenutzten 2 Stimmen.

§ 37 Abs. 6 KWG – E

Beispiel 5:

Wahlvorschlag 1 X-Partei			Wahlvorschlag 2 Y-Partei		
1. Mörsberger, Jean	3		1. Preuß, Sebastian		
2. Sperber, Babette			2. Scharfe, Gustl		
3. Kohler, Traudl	1		3. Bubner, Karl		
4. Sand, Karl			4. Kübel, Gerhard		
5. Roth, Hans			5. Schletz, Renate	2	
6. Möbus, Wilhelm	2		6. Stelzner, Hilde		
7. Kaspar, Ludwig			7. Mösch, Hermann		
8. Haack, Dieter			8. Dr. Hickl, Ernst		
9. Gabler, Hertha			9. Drexler, Gabriele	1	
10. Dr. Renner, Dieter			10. Kehlen, Emma		
11. Küffner, Gerhard			11. Holzmann, Manfred		

Die Kennzeichnung kann auch mit Zahlen erfolgen. Die Stimmabgabe entspricht Beispiel 4.

Beispiel 6:

Wahlvorschlag 1 X-Partei			Wahlvorschlag 2 Y-Partei		
1. Mörsberger, Jean	X	X	1. Preuß, Sebastian		
2. Sperber, Babette	X	X	2. Scharfe, Gustl		
3. Kohler, Traudl			3. Bubner, Karl		
4. Sand, Karl	X		4. Kübel, Gerhard		
5. Roth, Hans			5. Schletz, Renate		
6. Möbus, Wilhelm			6. Stelzner, Hilde		
7. Kaspar, Ludwig	X		7. Mösch, Hermann	X	X
8. Haack, Dieter			8. Dr. Hickl, Ernst		
9. Gabler, Hertha			9. Drexler, Gabriele		
10. Dr. Renner, Dieter			10. Kehlen, Emma	X	
11. Küffner, Gerhard			11. Holzmann, Manfred		

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat durch Einzelstimmabgabe, Kumulieren und Panaschieren seine Stimmzahl ausgeschöpft. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 bleibt unberücksichtigt.

§ 37 Abs. 3 Satz 2 KWG – E

Beispiel 7:

Wahlvorschlag 1 X-Partei			Wahlvorschlag 2 Y-Partei		
1. Mörsberger, Jean	X	X	1. Preuß, Sebastian		
2. Sperber, Babette			2. Scharfe, Gustl		
3. Kohler, Traudl	X		3. Bubner, Karl		
4. Sand, Karl			4. Kübel, Gerhard	X	X
5. Roth, Hans			5. Schletz, Renate		
6. Möbus, Wilhelm			6. Stelzner, Hilde		
7. Kaspar, Ludwig			7. Mösch, Hermann	X	
8. Haack, Dieter			8. Dr. Hickl, Ernst		
9. Gabler, Hertha			9. Drexler, Gabriele		
10. Dr. Renner, Dieter			10. Kehlen, Emma		
11. Küffner, Gerhard			11. Holzmann, Manfred		

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat seine Stimmzahl nicht ausgeschöpft und nur 7 Stimmen vergeben. Da er den Wahlvorschlag 1 gekennzeichnet hat, gilt die Kennzeichnung des Wahlvorschlags als Vergabe der nicht ausgenutzten Stimmen. Es wird jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags, mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen und des bereits mit der Höchstzahl von 3 Stimmen gekennzeichneten Bewerbers, 1 Stimme zugeteilt. Die restlichen Stimmen erhalten die Bewerber Sperber, Kohler, Sand, Kaspar.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 KWG – E

Beispiel 8:

Wahlvorschlag 1 X-Partei			Wahlvorschlag 2 Y-Partei		
1. Mörsberger, Jean			1. Preuß, Sebastian		
2. Sperber, Babette			2. Scharfe, Gustl		
3. Kohler, Traudl			3. Bubner, Karl		
4. Sand, Karl	X	X	4. Kübel, Gerhard		
5. Roth, Hans			5. Schletz, Renate		
6. Möbus, Wilhelm			6. Stelzner, Hilde		
7. Kaspar, Ludwig			7. Mösch, Hermann		
8. Haack, Dieter			8. Dr. Hickl, Ernst		
9. Gabler, Hertha			9. Drexler, Gabriele		
10. Dr. Renner, Dieter			10. Kehlen, Emma		
11. Küffner, Gerhard			11. Holzmann, Manfred		

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat seine Stimmzahl nicht ausgeschöpft, sondern nur drei Stimmen vergeben. Die restlichen 8 Stimmen werden den Bewerbern des vom Wähler gekennzeichneten Wahlvorschlags 2 in der Reihenfolge des Wahlvorschlags mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen Bewerber zugeteilt, das heißt die Bewerber Preuß, Scharfe, Bubner, Kübel, Schletz, Mösch, Drexler und Kehlen erhalten je 1 Stimme.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 KWG – E

Beispiel 9:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean	X X X	1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette	X	2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl		3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl	X X	4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans	X X X	5. Schletz, Renate	
6. Möbus, Wilhelm	X X X	6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig	X	7. Mösch, Hermann	
8. Haack, Dieter	X X	8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	
10. Dr. Renner, Dieter	X X X	10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard	X	11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat jedoch 19 Stimmen vergeben und damit die ihm zustehende Stimmenzahl um 8 überschritten. Da er die Stimmenzahl nur in einem Wahlvorschlag überschritten hat, sind in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von unten nach oben so viele Stimmen unberücksichtigt zu lassen, bis die dem Wähler zustehende Stimmenzahl nicht mehr überschritten ist, und zwar zunächst die Stimmen der Bewerber mit nur einer Stimme (Küffner, Kaspar, Sperber), dann eine der beiden Stimmen der Bewerber, auf die der Wähler zwei Stimmen kumuliert hat (Haack, Sand), dann die andere Stimme dieser Bewerber (Haack, Sand) und schließlich nach den vorher genannten Grundsätzen die Stimmen der Bewerber, auf die drei Stimmen kumuliert wurden (Dr. Renner). Damit entfallen auf die Bewerber Mörsberger 3, Roth 3, Möbus 3 und Dr. Renner 2 Stimmen.

§ 37 Abs. 4 Satz 2 KWG – E

Beispiel 11:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean		1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette		2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl		3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans		5. Schletz, Renate	
6. Möbus, Wilhelm		6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig		7. Mösch, Hermann	
8. Haack, Dieter		8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	
10. Dr. Renner, Dieter		10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist ungültig. Der Wähler hat zwei Wahlvorschläge gekennzeichnet und keine Einzelstimmen vergeben. Die Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge bleibt unberücksichtigt, gleichgültig, ob der Wähler Bewerbern Stimmen gibt oder nicht. Der Stimmzettel enthält somit keine Kennzeichnung, die Stimmabgabe ist daher ungültig.

§ 37 Abs. 3 Satz 1 i.V. mit Abs. 1 Nr. 2 KWG – E

Beispiel 10:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean		1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette		2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl	X X X	3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	X X X
5. Roth, Hans		5. Schletz, Renate	
6. Möbus, Wilhelm		6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig		7. Mösch, Hermann	X X
8. Haack, Dieter	X X X	8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	
10. Dr. Renner, Dieter	X	10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist ungültig. Der Wähler hat 12 Stimmen vergeben und damit die ihm zustehende Stimmenzahl überschritten. Da der Wähler Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen gekennzeichnet hat, ist die Stimmabgabe ungültig. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 ist für die Bewertung der Stimmabgabe ohne Bedeutung.

§ 37 Abs. 4 Satz 1 KWG – E

Beispiel 12:

Wahlvorschlag 1 X-Partei		Wahlvorschlag 2 Y-Partei	
1. Mörsberger, Jean	X X	1. Preuß, Sebastian	
2. Sperber, Babette	X X	2. Scharfe, Gustl	
3. Kohler, Traudl	X	3. Bubner, Karl	
4. Sand, Karl		4. Kübel, Gerhard	
5. Roth, Hans	X	5. Schletz, Renate	
6. Möbus, Wilhelm		6. Stelzner, Hilde	
7. Kaspar, Ludwig		7. Mösch, Hermann	
8. Haack, Dieter	X X	8. Dr. Hickl, Ernst	
9. Gabler, Hertha		9. Drexler, Gabriele	
10. Dr. Renner, Dieter	X X X	10. Kehlen, Emma	
11. Küffner, Gerhard		11. Holzmann, Manfred	

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat die ihm zustehende Stimmenzahl an Bewerber des Wahlvorschlags 1 vergeben. Die Kennzeichnung der Wahlvorschläge 1 und 2 bleibt unberücksichtigt.

§ 37 Abs. 3 KWG – E

Beispiel 13:

Wahlvorschlag 1 X-Partei				Wahlvorschlag 2 Y-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl	X		
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard	X		
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig	X	X	X	7. Mösch, Hermann	X		
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter	X	X		10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat nur 8 Stimmen vergeben und seine Stimmenzahl nicht ausgenutzt. Da er zwei Wahlvorschläge gekennzeichnet hat, ist nicht erkennbar, welchem Wahlvorschlag die restlichen 3 Stimmen zufallen sollen. Der Wähler hat damit auf diese Stimmen verzichtet.

§ 37 Abs. 3 i.V. mit Abs. 6 KWG – E

Beispiel 14:

Wahlvorschlag 1 X-Partei				Wahlvorschlag 2 Y-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean	X	X		1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette	X	X	X	2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X			4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele	X		
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred	X		

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat nur 8 Stimmen vergeben und die ihm zur Verfügung stehende Stimmenzahl nicht ausgenutzt. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 gilt als Vergabe der nicht ausgeschöpften Stimmen. Sie werden den Bewerbern in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen und den bereits mit der Höchstzahl gekennzeichneten Bewerbern zugeteilt. Die nicht vergebenen Stimmen werden somit den Bewerbern Mörsberger, Kohler und Sand zugeteilt.

§ 37 Abs. 5 KWG – E

Beispiel 15:

Wahlvorschlag 1 X-Partei				Wahlvorschlag 2 Y-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette	X			2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl	2		
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans	5			5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig. Von den dem Bewerber Roth gegebenen 5 Stimmen gelten nur 3 Stimmen als abgegeben. Der Wähler hat somit insgesamt nur 6 der ihm zustehenden 11 Stimmen vergeben. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 gilt als Vergabe der nicht vergebenen Stimmen. Sie werden den Bewerbern des Wahlvorschlags 1 in der Reihenfolge von oben nach unten mit Ausnahme der gestrichenen und der bereits mit der Höchstzahl von drei Stimmen gekennzeichneten Bewerber zugeteilt. Es entfallen also auf den Bewerber Roth 3 Stimmen, auf die Bewerberin Sperber 2 Stimmen und auf die Bewerber Sand, Möbus, Kaspar und Haack je eine Stimme.

§ 37 Abs. 2 und 5 KWG – E

Beispiel 16:

Wahlvorschlag 1 X-Partei				Wahlvorschlag 2 Y-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean	X			1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette	X			2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X			3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X			4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter	X			10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig. Der Wähler hat nur 5 der ihm zustehenden 11 Stimmen abgegeben. Da er keinen Wahlvorschlag gekennzeichnet hat, verzichtet er auf die weiteren Stimmen.

§ 37 Abs. 6 KWG – E

Berechnungsbeispiel zur Sitzverteilung

Gemeinde	X
Einwohner	975
Wahlberechtigte	730
Wähler	610 (83,6%)
Ratsmitglieder	11

- Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt in drei Schritten
- 1. Ermittlung der auf die beteiligten Wahlvorschläge entfallenen Stimmen (= Summe der auf die einzelnen Bewerber des jeweiligen Wahlvorschlags entfallenen Stimmen).
 - 2. Berechnung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze.
 - 3. Verteilung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze an die Bewerber.

1. Ermittlung der auf die Bewerber und die Wahlvorschläge entfallenen Stimmen

Partei A		Partei B		Partei C		Wählergruppe D	
1. Mörsberger	443	1. Preuß	198	1. Ruppert	26	1. Bayer	219
2. Sperber	238	2. Scharfe	256	2. Maisel	19	2. Hartmann	121
3. Kohler	185	3. Bubner	126	3. Haumann	24	3. Lokies	92
4. Sand	173	4. Kübel	290	4. Wellhöfer	21	4. Zuleeg	182
5. Roth	293	5. Schletz	210	5. Chaborski	11	5. Liermann	101
6. Möbus	356	6. Stelzner	175	6. Meisner	45	6. Wagner	101
7. Kaspar	261	7. Mösch	245	7. Bober	29	7. Unger	59
8. Haack	510	8. Dr. Hickl	83	8. Grüner	24	8. Kühnlein	89
9. Gabler	196	9. Drexler	57	9. Schmidt	10	9. Schläger	96
10. Dr. Renner	315	10. Kehlen	42	10. Conrad	26	10. Köhler	88
11. Küffner	84	11. Holzmann	117	11. Landgraf	32	11. Kropf	65
A insgesamt	3054	B insgesamt	1799	C insgesamt	267	D insgesamt	1213

Von den insgesamt 6333 gültigen Stimmen entfielen auf	Partei A	3054
	Partei B	1799
	Partei C	267
	Wählergruppe D	1213

2. Berechnung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze¹⁾

Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge erfolgt nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Hare-Niemeyer):									
Sitze der Partei A =	$\frac{\text{insgesamt zu vergebende Sitze} \times \text{Stimmen der Partei A}}{\text{Summe der auf alle Wahlvorschläge entfallenen Stimmen}}$								
Sitze der Partei A =	$\frac{11 \times 3054}{6333} = 5,30;$								
Sitze der Partei B =	$\frac{11 \times 1799}{6333} = 3,12;$								
Sitze der Partei C =	$\frac{11 \times 267}{6333} = 0,46;$								
Sitze der Wählergruppe D =	$\frac{11 \times 1213}{6333} = 2,10.$								
Nach ganzen Zahlen wurden nur 10 Sitze vergeben. Der restliche Sitz entfällt auf den höchsten Bruchteil, das heißt auf die Partei C.									
Von den insgesamt zu vergebenden 11 Sitzen entfallen somit auf	<table><tr><td>Partei A</td><td>5 Sitze</td></tr><tr><td>Partei B</td><td>3 Sitze</td></tr><tr><td>Partei C</td><td>1 Sitz</td></tr><tr><td>Wählergruppe D</td><td>2 Sitze</td></tr></table>	Partei A	5 Sitze	Partei B	3 Sitze	Partei C	1 Sitz	Wählergruppe D	2 Sitze
Partei A	5 Sitze								
Partei B	3 Sitze								
Partei C	1 Sitz								
Wählergruppe D	2 Sitze								

1) Die Berechnung erfolgte ohne Berücksichtigung der Bestimmung des § 41 Abs. 2 des Gesetzentwurfs, wonach an der Zuteilung der Sitze die Parteien und Wählergruppen nicht teilnehmen, die weniger Stimmen erhalten haben, als erforderlich sind, um einen Sitz im Gemeinderat zu erhalten. Die Sperrwirkung dieser Bestimmung würde bei einem Gemeinderat mit 11 Mitgliedern 9,09 Prozent betragen.

3. Verteilung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze an die Bewerber

Partei A	Partei B	Partei C	Wählergruppe D
Haack Mörsberger Möbus Dr. Renner Roth	Kübel Scharfe Mösch	Meisner	Bayer Zuleeg

Beschäftigtenzahl aus der Statistik im produzierenden Gewerbe

Kurzfristige Informationen über Zahl und Entwicklung der Beschäftigten sind stets von besonderem Interesse. Während die Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung in großen Zeitabständen und diejenigen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit zum Teil nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung vorliegen, können Ergebnisse aus Bereichserhebungen wesentlich schneller zur Verfügung gestellt werden. Nachfolgend soll am Beispiel der Statistik im produzierenden Gewerbe dargestellt werden, welche Möglichkeiten die Konsumenten der amtlichen Statistik haben und welche methodischen Unterschiede dabei zu beachten sind.

Statistiken der gewerblichen Wirtschaft mit Beschäftigtenangaben

1. Arbeitsstättenzählung als Rahmenerhebung

Am ehesten mit der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit vergleichbar ist die etwa alle zehn Jahre zusammen mit der Volkszählung durchzuführende Arbeitsstättenzählung. Ihr Hauptzweck ist eine Bestandsaufnahme aller bestehenden Einheiten. Dadurch wird ein fachlich und regional tiefer gegliedertes Strukturbild der gesamten gewerblichen Wirtschaft ermöglicht, das sich vom produzierenden Gewerbe über Handel, Verkehr, Kreditwirtschaft und die von Unternehmen erbrachten Dienstleistungen bis zu den gemeinnützigen Institutionen und Gebietskörperschaften erstreckt. Unberücksichtigt bleibt die Landwirtschaft, von der nur diejenigen Betriebe einbezogen werden, die steuerrechtlich als Gewerbebetriebe gelten. Erhebungsmerkmale sind im wesentlichen die Zahl der Beschäftigten und die Bruttolohn- und Gehaltssumme. Die regionale Gliederung der Ergebnisse erfolgt bis zur Blockseite.

Daneben dient die Arbeitsstättenzählung als Basis-(Rahmen-)Erhebung für nachfolgende Bereichserhebungen. Diese Erhebungen, die sich auf ausgewählte, von ihrer Bedeutung her herausragende Wirtschaftsbereiche erstrecken, können in mehrjährige, jährliche und kurzfristige Erhebungen unterteilt werden. Da die Arbeitsstättenzählung alle Wirtschaftsbereiche umfaßt, ermöglicht sie die Einordnung der betreffenden Bereichserhebung in den Gesamtrahmen. Außerdem füllt sie die Lücken für die Wirtschaftsbereiche, die durch andere Statistiken nicht oder unvollständig erfaßt werden. So stellt die Arbeitsstättenzählung für den gesamten Bereich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe und für weite Teile der Dienstleistungen die einzige Datenquelle dar. Darüber hinaus wird das Anschriftenmaterial zur Aktualisierung der Karteien der laufenden Erhebungen benutzt.

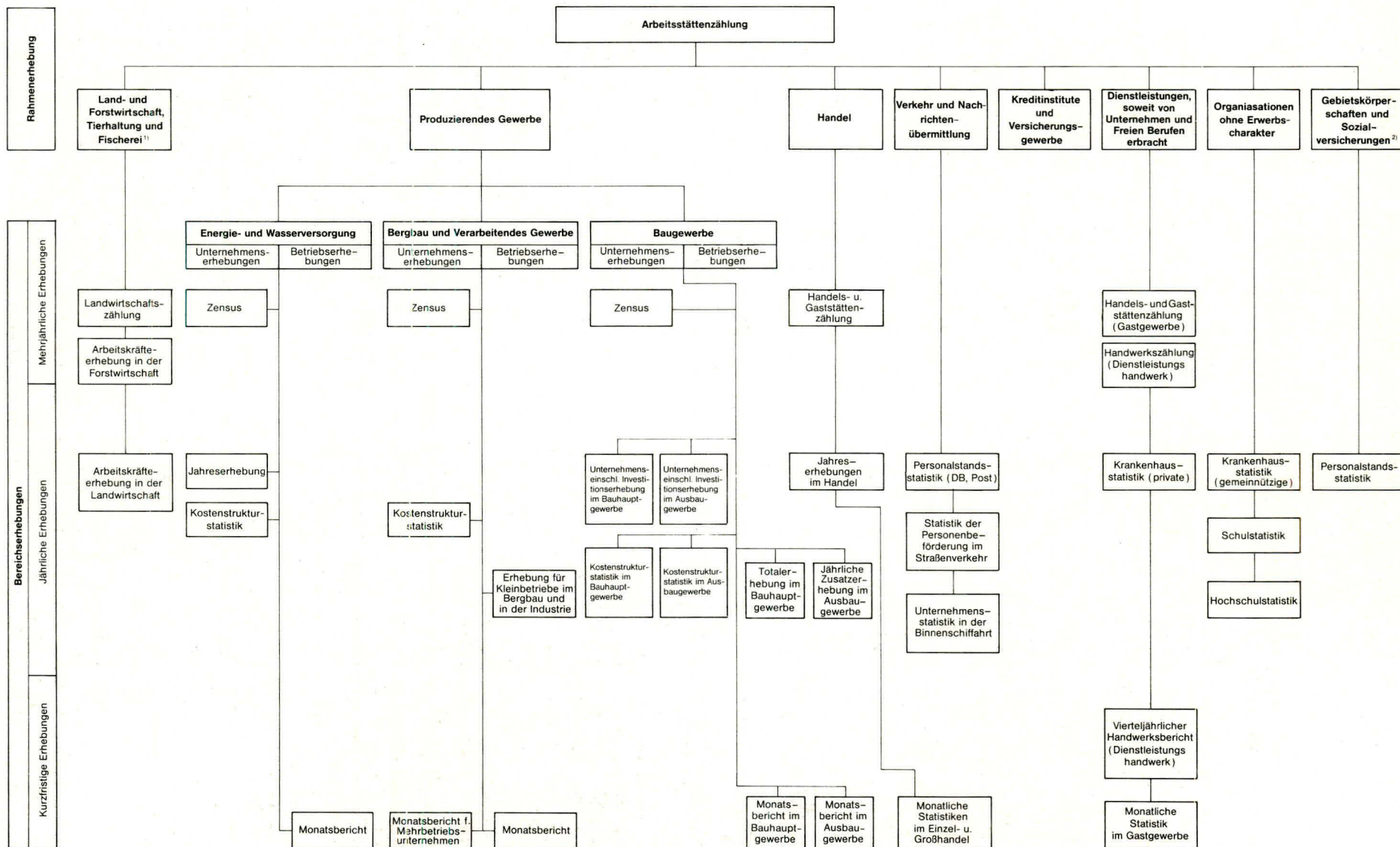
Eine solch umfassende Erhebung wie die Arbeitsstättenzählung ist nur möglich, weil sie sich der Zählerorganisation der Volks-, Berufs-, Gebäude- und Wohnungszählung bedient. Im gesamten Bundesgebiet werden Zähler eingesetzt, die alle vorhandenen Arbeitsstätten

registrieren. Ein erheblicher Nachteil besteht jedoch darin, daß die Volkszählung nur in größeren Zeitabständen durchgeführt wird. Die letzten Erhebungen fanden 1970 und 1987 statt.

2. Bereichserhebungen

- a) *Zensen*: Als wichtigste Bereichserhebungen sind die in mehrjährigen (in der Regel vier- bis sechsjährigen) Zeitabständen stattfindenden Zensen zu nennen. Sie sind, wie die Arbeitsstättenzählung, Totalerhebungen, gehen in ihrem Frageprogramm aber zum Teil deutlich darüber hinaus. Solche Zensen sind der Zensus im produzierenden Gewerbe, die Handels- und Gaststättenzählung und die Handwerkszählung. Die Landwirtschaftszählung erstreckt sich im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung auf die gesamte Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, also auch auf die nicht als Gewerbebetrieb geführten Betriebe.
- b) *Jahreserhebungen*: Die mehrjährigen Zensen werden in der Regel durch Jahreserhebungen ergänzt, die zur Entlastung der Berichtspflichtigen zum Teil als Stichprobenerhebungen durchgeführt werden. Dies gilt für die Jahreserhebungen im Handel und Gastgewerbe und für die Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft. Ein sehr tief gegliedertes Frageprogramm weisen die ebenfalls teilweise als Zufallsstichprobe organisierten Kostenstrukturserhebungen im produzierenden Gewerbe auf. Im Baugewerbe werden daneben jährliche Unternehmens- und Investitionserhebungen durchgeführt, die sich auf alle Unternehmen ab 20 (Bauhauptgewerbe) bzw. zehn Beschäftigten (Ausbaugewerbe) erstrecken. Im Bereich Energie- und Wasserversorgung, in dem die Kostenstrukturhebung alle Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten erfaßt, deckt die Jahreserhebung zusätzlich die kleinen Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten ab. Ein anderes Erhebungssystem existiert im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe. Zur Entlastung der Firmen, die eine umfangreiche kurzfristige Berichterstattung zu bewältigen haben, werden dort, mit Ausnahme der industriellen Kleinbetriebe, die monatlichen Daten zu Jahreswerten kumuliert, wodurch sich eigene Jahreserhebungen erübrigen.
- c) *Kurzfristige Erhebungen*: Kurzfristige, das heißt monatliche und vierteljährliche Erhebungen, in denen Beschäftigtenzahlen anfallen, werden nur in wenigen Wirtschaftsbereichen durchgeführt. Neben dem produzierenden Gewerbe, das ein sehr umfassendes kurzfristiges Berichtssystem aufweist, gibt es monatliche Stichprobenerhebungen im Handel und Gastgewerbe und die ebenfalls als Zufallsstichprobe organisierte vierteljährliche Handwerksberichterstattung. Wegen des dabei auftretenden Stichprobenfehlers werden hier die Ergebnisse als Meßzahlen bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr dargestellt.

Übersicht über die Statistiken in der gewerblichen Wirtschaft mit Beschäftigtenangaben



¹⁾ Nur für gewerbliche Arbeitsstätten

²⁾ Ohne Vertretung fremder Staaten, Dienststellen der Stationierungstreikräfte u. ä.

Statistik im produzierenden Gewerbe

1. Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren

a) *Erhebungsbereich:* Beschäftigtenzahlen werden im produzierenden Gewerbe für einen Teil der Unternehmen monatlich erfragt. Im Gesetz über die Statistik im produzierenden Gewerbe wird lediglich eine Höchstgrenze für die Zahl der zu erfassenden Einheiten genannt. Um diese Grenze nicht zu überschreiten, andererseits aber eine möglichst weitgehende Regionalisierung der Ergebnisse unterhalb der Landesebene zu erreichen, wurde bundesweit eine untere Abschneidegrenze eingeführt, ab der alle Firmen zu erfassen sind.

(1) *Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe:* Der monatliche Berichtskreis umfaßt im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe

- Unternehmen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten,
- alle Betriebe dieser Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe,
- alle Betriebe des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung sowie des Baugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten und
- Betriebe des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des produzierenden Gewerbes liegt.

Zur Vervollständigung werden einmal im Jahr im Rahmen der Erhebung für Kleinbetriebe im Bergbau und in der Industrie die Industriebetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, die nicht schon zum Monatsbericht meldepflichtig sind, befragt. Hierbei fehlt allerdings die große Zahl der kleinen Handwerksbetriebe, die lediglich in der in größeren Zeitabständen stattfindenden Handwerkszählung vollständig erfaßt werden.

(2) *Baugewerbe:* Im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe werden im Rahmen des Monatsberichts folgende Einheiten erfaßt:

- Alle Betriebe des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Betriebe des Bauhaupt- bzw. Ausbaugewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des produzierenden Gewerbes liegt.

Da damit nur jeder fünfte Betrieb des Bauhauptgewerbes, allerdings mit rund zwei Drittel aller

Beschäftigten, zur monatlichen Statistik herangezogen wird, findet einmal im Jahr im Juni eine Totalerhebung aller Betriebe statt. Die Ergebnisse dieser Erhebung werden außerdem zur Hochrechnung der monatlich erfragten Angaben verwendet. Die monatliche Befragung des Ausbaugewerbes wird jeweils im Juni durch eine Zusatzerhebung für die Betriebe mit zehn bis 19 Beschäftigten ergänzt. Im Gegensatz zum Bauhauptgewerbe bleiben hier die Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten außer Betracht.

(3) *Energie- und Wasserversorgung:* Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, der im übrigen auch die Eigen- und Regiebetriebe der Kommunen enthält, werden monatlich folgende Einheiten erfaßt:

- Alle Betriebe der Elektrizitäts-, Gas- und Fernwärmeversorgung von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten,
- Betriebe der Wasserversorgung von Unternehmen der Wasserversorgung mit 20 und mehr Beschäftigten sowie einer jährlichen Wasserabgabe von 200 000 m³ und mehr,
- Betriebe der Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung mit 20 und mehr Beschäftigten von Unternehmen mit wirtschaftlichem Schwerpunkt außerhalb des produzierenden Gewerbes.

Eine jährliche Totalerfassung auf Betriebsebene nach dem Muster des Baugewerbes erfolgt in diesem Bereich nicht.

b) *Erhebungseinheiten:* Bei den Statistiken im produzierenden Gewerbe werden als Erhebungseinheiten Unternehmen und Betriebe unterschieden. Als Unternehmen wird die in einer bestimmten Rechtsform organisierte wirtschaftliche Einheit verstanden, für die aus rechtlichen Gründen Bücher geführt und Jahresabschlüsse aufgestellt werden. Betriebe sind dagegen die örtlichen Einheiten. Besteht ein Unternehmen aus einer einzigen örtlichen Einheit (Einbetriebsunternehmen), sind die Begriffe Betrieb und Unternehmen identisch. Die Bezeichnungen Betrieb, Arbeitsstätte und Niederlassung werden in der Regel synonym verwandt.

Im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung, in der als Betrieb jede durch ein Grundstück und eine Räumlichkeit abgegrenzte örtliche Einheit gilt, in der mindestens eine Person erwerbstätig ist, sind bei der Statistik im produzierenden Gewerbe die in ihrer unmittelbaren Umgebung liegenden und von ihr abhängigen Einheiten in die betreffende Betriebsmeldung einzubeziehen.

c) *Erhebungstatbestände:* In den Monatsberichten im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe werden neben der Zahl der tätigen Personen (Beschäftigte) weitere Merkmale (Umsatz, Auftragseingang, geleistete Stunden, Löhne und Gehälter) erfragt, die

für die Konjunkturbeobachtung von wesentlicher Bedeutung sind.

Zu den Beschäftigten zählen alle in der betreffenden Erhebungseinheit tätigen Personen. Neben den Arbeitern und Angestellten umfassen sie daher auch tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, die mindestens ein Drittel der branchenüblichen Arbeitszeit im Betrieb arbeiten. Zu den zu erfassenden Arbeitnehmern rechnen auch Vorstandsmitglieder, Praktikanten und Auszubildende. Einbezogen werden ferner im Betrieb tätige Leiharbeiter. Mitzuzählen sind nur vorübergehende Abwesende, wie Kranke, Urlauber oder im Mutterschaftsurlaub befindliche Personen.

d) *Aufbereitungsmerkmale:*

- (1) *Bergbau und verarbeitendes Gewerbe:* Die Aufbereitung der Ergebnisse erfolgt in allen monatlichen und jährlichen Erhebungen des Bergbaus und verarbeitenden Gewerbes nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen gemessen an der Zahl der Beschäftigten. Während Unternehmensergebnisse nur auf Landesebene veröffentlicht werden, ist bei den Betriebsergebnissen eine regionale Untergliederung bis auf Gemeindeebene möglich. Wegen der hohen Zahl von Geheimhaltungsfällen wird von einer zusätzlichen Untergliederung der Regionalergebnisse nach Wirtschaftszweigen und Betriebsgrößenklassen in der Regel abgesehen.
- (2) *Baugewerbe:* Im Monatsbericht für das Bauhauptgewerbe erfolgt keine Untergliederung der Ergebnisse nach funktionalen Gesichtspunkten. Die regionale Darstellung geht bis zur Kreisebene. Wegen der deutlich größeren Zahl von Erhebungsfällen sind die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung wesentlich tiefer gegliedert. Neben Wirtschaftszweigen ist eine Darstellung der Beschäftigten nach neun Beschäftigtengrößenklassen der Betriebe sowie nach der Stellung der Beschäftigten im Betrieb möglich. Regional erfolgt hier die Aufbereitung bis zur Gemeinde.

Im Ausbaugewerbe ist eine monatliche Aufbereitung der Ergebnisse nach Wirtschaftszweigen und regional nach Kreisen zwar möglich, wegen der geringen Zahl von Betrieben (221) aber nur nach Regierungsbezirken vorgesehen. Dafür bringt die jährliche Zusatzerhebung Ergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen sowie für Gemeinden.

- (3) *Energie- und Wasserversorgung:* In der Energie- und Wasserversorgung erfolgt wegen der sehr geringen Fallzahl (70) lediglich eine Aufbereitung der Ergebnisse nach den fachlichen Betriebsteilen Elektrizität, Fernwärme, Gas, Wasser und Baugewerbe. Regionalergebnisse sind nicht vorgesehen.

2. *Veröffentlichung*

- a) *Art und Periodizität der Veröffentlichungen:* Die Ergebnisse der Statistik im produzierenden Gewerbe werden veröffentlicht in:

- Quellenbänden („Statistik in Rheinland-Pfalz“),
- Statistischen Berichten und im
- Landesinformationssystem (LIS).

- (1) *Quellenbände:* Die Form der Quellenbände, die neben einem Tabellenteil ausführliche methodische Erläuterungen enthalten, ist in der Regel den in mehrjährigen Zeitabständen stattfindenden Sonderzählungen (Arbeitsstättenzählung, Zensus im produzierenden Gewerbe, Handwerkszählung) vorbehalten. In der Vergangenheit wurden hier auch Jahresergebnisse aus verschiedenen Statistiken zusammengetragen, so für die Industrie bis 1975 und für das Bauhauptgewerbe bis 1973. Im Jahre 1982 erschien für das verarbeitende Gewerbe ein Band mit Ergebnissen von 1950 bis 1980.

Eine solche Veröffentlichung war zudem wegen des Übergangs von der Industriestatistik auf die Statistik im verarbeitenden Gewerbe im Jahre 1978 notwendig geworden. Vor der Reform der Industriestatistik mußten die Berichtsfirmen nur für ihre Betriebsteile mit industrieller (in der Regel serienmäßiger) Fertigung zu den laufenden Statistiken melden, wenn dort mindestens zehn Beschäftigte tätig waren (Betriebskonzept). Danach wurden in die monatliche und jährliche Berichterstattung alle Betriebe des verarbeitenden Gewerbes einschließlich der Handwerksbetriebe und einschließlich der nichtindustriellen Betriebsteile von Unternehmen des produzierenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten einbezogen (Unternehmenskonzept). Gleichzeitig mit der Umstellung des Berichtskreises mußte auch die Branchensystematik von der auf das alte Konzept abgestellten Systematik der Industriezweige auf die das Handwerk einbeziehende Systematik der Wirtschaftszweige für die Statistik im produzierenden Gewerbe (SYPRO) abgeändert werden.

Zur Wiederherstellung der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Jahre wurden die beiden Zeitreihen miteinander verknüpft. Grundlage hierfür bildete die für 1978 durchgeführte Doppelaufbereitung nach dem alten und dem neuen Konzept, die die Ermittlung von Umrechnungsfaktoren ermöglichte.

- (2) *Statistische Berichte:* Bei den Statistischen Berichten handelt es sich um geheftete Veröffentlichungen, deren Umfang in der Regel 30 Seiten nicht überschreitet. Sie enthalten zu meist nur kurz gehaltene methodische Erläuterungen. Diese Form der Veröffentlichung wird vor allem für die kurzfristigen und jährlichen Ergebnisse gewählt.

Verarbeitendes Gewerbe: Wegen der gebotenen Aktualität werden vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz als bisher einzigem Statistischen Landesamt im Bundesgebiet seit Januar 1985 vorläufige Beschäftigtenzahlen nach ausgewählten Wirtschaftszweigen veröffentlicht. Die Ergebnisse dieser Veröffentlichung stammen aus einer Hochrechnung der bis zum 20. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats vorliegenden Firmenmeldungen. Sie erscheinen jeweils in der ersten Hälfte des übernächsten Monats. Wegen des zwangsläufig damit verbundenen relativ hohen statistischen Fehlers wird hier von einer regionalen Untergliederung der Ergebnisse abgesehen.

Da die Aufbereitung endgültiger Ergebnisse erst um den 10. des übernächsten Monats abgeschlossen ist und die Erstellung des Statistischen Berichts wegen seines größeren Umfangs und einer geringeren Priorität mehr Zeit beansprucht, erscheint der betreffende Statistische Bericht wesentlich später. Neben einem langfristigen Überblick enthält er sowohl für Unternehmen als auch für Betriebe Beschäftigtenzahlen in tiefer wirtschaftssystematischer und in regionaler Gliederung bis auf Kreisebene. Zur Darstellung der Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenstruktur dienen die Ergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen innerhalb der Hauptgruppen.

Zur Information der Handwerksorganisationen bringt das Statistische Landesamt seit Januar 1985 getrennte Ergebnisse für die in den endgültigen Ergebnissen des Monatsberichts enthaltenen Handwerksbetriebe heraus. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich hier um die Daten der relativ wenigen großen Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten handelt, während mit rund 95 % die weit überwiegende Zahl so klein ist, daß sie nicht zur monatlichen Statistik meldepflichtig ist.

Obwohl die kleineren Handwerksbetriebe fehlen, werden die Ergebnisse des jährlichen Industrieberichtes für Kleinbetriebe zusammengefaßt mit denjenigen des Monatsberichts September in einem Statistischen Bericht veröffentlicht. Er enthält damit die Beschäftigtenzahlen aller Industriebetriebe und der Handwerksbetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Da eine Hochrechnung der Handwerksergebnisse wegen des zu großen zeitlichen Abstands zur letzten Handwerkszählung nicht möglich ist, muß dieser Mangel in Kauf genommen werden. Wegen der größeren Besetzungszahl können die Ergebnisse andererseits in tieferer Gliederung als im Monatsbericht dargestellt werden. Neben einer weitgehenden Branchengliederung pro Regierungsbezirk können in dem betreffenden Statistischen Bericht sogar Beschäftigtengrößenklassen für Kreise und kreisfreie Städte gebracht werden.

Wegen der besonderen Bedeutung der Ergebnisse des verarbeitenden Gewerbes für regio-

nale Strukturuntersuchungen wird jährlich ein eigener Statistischer Bericht nur mit Regionalergebnissen herausgebracht. Dieser Bericht enthält Beschäftigtenzahlen sogar bis auf Verbandsgemeindeebene bzw. Gemeindeebene.

Baugewerbe: die monatlichen Beschäftigtenzahlen des Bauhauptgewerbes werden wie im verarbeitenden Gewerbe vorab als vorläufige Ergebnisse erstellt. Allerdings wird auch hier von einer funktionalen oder regionalen Untergliederung abgesehen. Die später vorliegenden endgültigen Ergebnisse erscheinen zusammen mit dem Ausbaugewerbe in einem Statistischen Bericht, der auch Kreisergebnisse enthält.

In getrennten Statistischen Berichten werden die Ergebnisse der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe sowie diejenigen der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe veröffentlicht. Der Bericht über die Totalerhebung im Bauhauptgewerbe, die ohne Einschränkung alle in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Betriebe einbezieht, geht in seiner Darstellungstiefe noch über diejenige des verarbeitenden Gewerbes hinaus. Sie enthält darüber hinaus für Kreise und kreisfreie Städte eine Untergliederung der Beschäftigten nach der Stellung im Betrieb. Da bei der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe die Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten fehlen, die bei der überwiegend kleingewerblichen Struktur dieses Bereichs eine nicht zu unterschätzende Bedeutung haben, wurde im betreffenden Statistischen Bericht von einer Kombination zwischen wirtschaftssystematischer bzw. größenklassenmäßiger und regionaler Gliederung der Ergebnisse abgesehen.

Energie- und Wasserversorgung: Ergebnisse über diesen Wirtschaftsbereich werden auf Landesebene nur in sehr geringem Umfang veröffentlicht. Ein Statistischer Bericht mit Beschäftigtenzahlen erscheint jährlich. Da nur die wenigen relativ großen Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßt sind, wird auf eine weitere Untergliederung der Landesergebnisse verzichtet.

- (3) **Landesinformationssystem (LIS):** Das Landesinformationssystem (LIS) des Statistischen Landesamtes besteht aus einer Gemeindedatei, einer Infrastrukturdtei und aus einer Konjunkturdtei. Während die Gemeinde- und Infrastrukturdtei vorwiegend statistische Daten auf Gemeindeebene enthalten und damit eine tiefgehende Regionalisierung der Ergebnisse ermöglichen, ist die Konjunkturdtei in erster Linie auf kurzfristige Informationen (Monatsdaten) angelegt. Sie enthält ausschließlich Landesergebnisse und Zusatzinformationen für das Bundesgebiet. Die Vorteile der Gemeindedatei liegen in einer schnellen und flexiblen Vermittlung von Daten und der beliebigen Kombination verschiedener Daten auf der kleinsten darstellbaren regionalen Ebene. Die Gemeinde ist der Baustein, mit dessen Hilfe eine Fülle von Ge-

Gegenüberstellung
der Zahl der Beschäftigten aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit
und der Statistik im produzierenden Gewerbe

Wirtschaftsbereich	Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ¹⁾	Statistik im Produzierenden Gewerbe	Abweichung ²⁾	
	Anzahl			% ³⁾
Produzierendes Gewerbe	522 287	477 107	45 180	8,7
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	13 629	14 429 ⁴⁾	- 799	- 5,9
Verarbeitendes Gewerbe	423 898	384 771 ⁵⁾	39 127	9,2
Chemische Industrie und Mineralölverarbeitung	69 888	72 717 ⁶⁾	- 2 829	- 4,0
Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung	23 032	24 163	- 1 131	- 4,9
Gew. u. Verarb. v. Steinen u. Erden, Feinker., Glas	30 994	29 363	1 631	5,3
Eisen-, Metallverz., Giesserei und Stahlverf.	21 291	16 593	4 698	22,1
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau und ADV	112 623	105 179	7 444	6,6
Elektrotechnik (ohne ADV), Feinmech., EBM-W.	50 697	41 167 ⁷⁾	9 530	18,8
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	41 927	33 557	8 370	20,0
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	34 303	34 141	162	0,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	39 143	21 400	17 743	45,3
Baugewerbe	84 760	77 908	6 852	8,1
Bauhauptgewerbe	60 070	64 766	- 4 696	- 7,8
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	24 690	13 142	11 548	46,8

1) Am 30. Juni 1985. - 2) Beschäftigtenstatistik. / Statistik im produzierenden Gewerbe. - 3) Anteil an Beschäftigtenstatistik. - 4) Ohne Bergbau. - 5) Einschl. Bergbau. - 6) Ohne Mineralölverarbeitung. - 7) Einschl. Reparatur von Haushaltsgeräten, Optik, Herstellung von Uhren.

bietskategorien gebildet werden können. Hier sind beispielsweise landesplanerische Gebiete, Arbeitsmarkregionen und Fördergebiete zu nennen.

Beschäftigtenzahlen sind in der Gemeindedatei aus dem Monatsbericht für Betriebe im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe (nur kumulierte Jahresergebnisse), aus der Erhebung für Kleinbetriebe im Bergbau und in der Industrie, aus der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe sowie aus der jährlichen Zusatzerhebung im Ausbaugewerbe gespeichert. In allen vier Bereichen sind die Ergebnisse außerdem nach Wirtschaftszweigen abrufbar.

- b) *Aussagewert der Beschäftigtergebnisse der Statistiken im produzierenden Gewerbe:* Im Gegensatz zur Arbeitsstättenzählung, deren Hauptzweck in der Bereitstellung von Strukturergebnissen besteht, sollen die kurz- und mittelfristigen Statistiken im produzierenden Gewerbe in erster Linie Entwicklungen saisonaler und konjunktureller Art aufzeichnen. Von dieser Aufgabenstellung her ist der Aussagewert der Ergebnisse dieser Statistiken zu beurteilen. Da große Einheiten die Entwicklung in stärkerem Maße beeinflussen als kleinere Einheiten, wurden in allen Monatserhebungen im produzierenden Gewerbe untere Abschneidegrenzen eingeführt, die die kleinen Einheiten von der laufenden Berichterstattung entlasten. Da oberhalb der Abschneidegrenzen alle existierenden Einheiten erfaßt werden, ist eine Regionalisierung der Ergebnisse in gewissem Umfang möglich. Mit dieser Methode wurde zusätzlich den besonderen Bedürfnissen der Länder nach Regionaldaten entsprochen. In größerem Maße wer-

den die jährlichen Totalerhebungen, die die Kleinbetriebe mit einbeziehen, diesem Anspruch gerecht.

Da es sich bei den Statistiken des produzierenden Gewerbes um Betriebserhebungen handelt, werden in den Ergebnissen Beschäftigungsfälle nachgewiesen. Das heißt, es tritt eine Doppelzählung auf, wenn eine Person am Stichtag der Erhebung in mehreren örtlichen Einheiten tätig ist. Die Beschäftigtenzahl kann damit auch mit der Zahl der besetzten Arbeitsplätze verglichen werden. Aus diesem Grunde weicht die hier nachgewiesene Beschäftigtenzahl von der Zahl der bei den Haushalten erfragten Erwerbstätigen ab, wo jede Person nur einmal gezählt wird.

Einen Einfluß auf den Aussagewert der Ergebnisse hat zudem die Tatsache, daß es sich bei den Statistiken des produzierenden Gewerbes um Primärerhebungen handelt. Hier werden direkt bei der nachgewiesenen Einheit Angaben über sich selbst und nur für statistische Zwecke erfragt. Der Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, daß wegen des vom Statistischen Landesamt zugesicherten Datenschutzes genauere, weitgehend von Verwaltungsentscheidungen unbeeinflusste Angaben zu erwarten sind. Bei Sekundärerhebungen (Auswertung von Verwaltungsunterlagen) besteht je nach dem Verwendungszweck die Tendenz einer Über- bzw. Untertreibung. Dies trifft zu, wenn bei einer geringeren Beschäftigtenzahl einem Unternehmen geringere beschäftigtenabhängige Abgaben entstehen.

Wenn der systematische Fehler bei Primärerhebungen als relativ gering zu veranschlagen ist, kommt hier dem Zufallsfehler eine größere Bedeutung zu.

Die Unabhängigkeit von Verwaltungsvorgängen führt andererseits dazu, daß die Angaben nicht immer mit der erforderlichen Sorgfalt gemacht werden. Da die Beschäftigtenzahl eines Betriebes in der Regel eine bekannte und relativ konstante Größe ist, trifft das Gesagte in weit größerem Maße auf Wertgrößen wie Umsatz, Auftragseingang sowie Lohn- und Gehaltssumme zu.

c) *Vergleichbarkeit der Statistik im produzierenden Gewerbe mit der Beschäftigtenstatistik:* Bei einem Vergleich der Beschäftigtergebnisse der Statistik im produzierenden Gewerbe mit denjenigen der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ist zu beachten, daß es sich bei der letzteren um eine Sekundärstatistik handelt. Hierbei werden die Meldungen der Arbeitgeber für alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer an die Sozialversicherungsträger statistisch ausgewertet. Da von den Meldungen die Höhe der Arbeitgeberbeiträge abhängt, dürfte in den Ergebnissen eher eine mögliche Tendenz zur Untererfassung vorhanden sein.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Statistiken besteht hinsichtlich des Deckungsgrades des Beschäftigtenbegriffes. Werden in der Statistik

im produzierenden Gewerbe alle in einer bestimmten Erfassungseinheit (Betrieb oder Unternehmen) tätigen Personen erfaßt, können in die Beschäftigtenstatistik nur diejenigen Personen einbezogen werden, für die der Arbeitgeber Meldungen an die Sozialversicherungsträger abgeben muß. Dies sind nur diejenigen Arbeitnehmer und Auszubildenden, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz (Arbeitslosenversicherung) sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Unberücksichtigt bleiben also Beamte, Selbständige und unbezahlt mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmer, die wegen einer geringfügigen Beschäftigung nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen. Während in der Beschäftigtenstatistik durchschnittlich 75 % aller tätigen Personen erfaßt werden, liegt der Anteil im produzierenden Gewerbe über 90 %. Die geringe Abweichung ist dadurch zu erklären, daß im produzierenden Gewerbe der Anteil der tätigen Inhaber und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen relativ niedrig ist.

Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Ausländer 1987

Ausländerzentralregister

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer sind seit 1972 in dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister verzeichnet. Bis zum Jahr 1984 wurden jährlich Auszählungen mit dem Stichtag 30. September durchgeführt, seit 1985 wird das Register jeweils zum 31. Dezember maschinell ausgezählt. Die Daten werden nach Staatsangehörigkeit, Aufenthaltsdauer, Alter und Familienstand aufbereitet. Die Ergebnisse können für Bundesländer, Landkreise und kreisfreie Städte dargestellt werden.

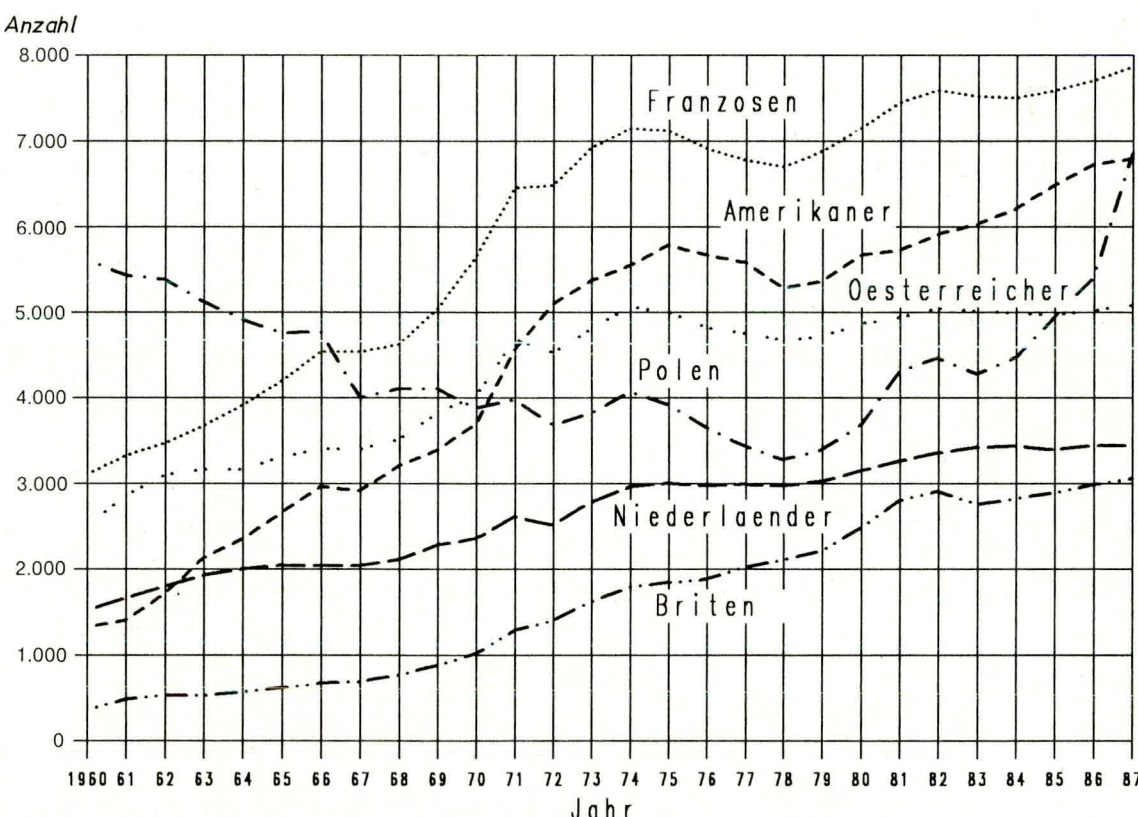
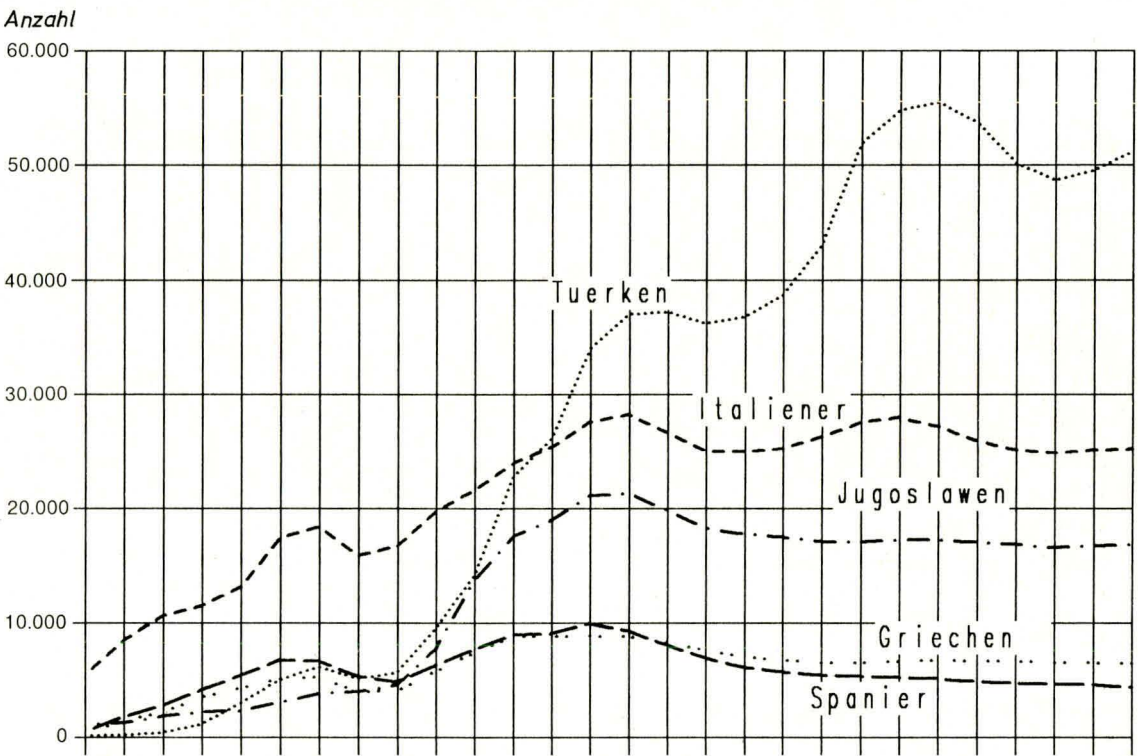
Ausländer nach Altersgruppen
und Familienstand 1987

Altersgruppe Familienstand	Männer			Frauen		
	1987		1977	1987		1977
	Anzahl	%		Anzahl	%	
unter 15 Jahre	18 947	19,3	20,3	16 105	21,8	25,8
15 – 25 "	16 925	17,2	12,6	14 125	19,1	19,1
25 – 45 "	38 685	39,4	50,1	30 555	41,3	41,8
45 – 65 "	20 601	21,0	14,9	10 643	14,4	10,0
65 u. mehr "	3 117	3,2	2,1	2 592	3,5	3,3
Ledig	56 254	57,2	52,0	31 757	42,9	43,7
Verheiratet	40 024	40,7	46,4	39 402	53,2	52,5
Verwitwet/ geschieden	1 997	2,0	1,6	2 861	3,9	3,8

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung ist in Rheinland-Pfalz mit derzeit knapp 4,8 % niedriger als in den meisten anderen Bundesländern. Dieser zunächst gering erscheinende Prozentsatz darf nicht über einige ins Gewicht fallende Besonderheiten hinwegtäuschen. Einmal ist die regionale Verteilung der Ausländer stark unterschiedlich, so beträgt der Ausländeranteil auf Kreisebene zwischen 1,4 und 15 %, zum anderen bestehen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung erhebliche Unterschiede in den demographischen Strukturmerkmalen. Auch das generative Verhalten der ausländischen Mitbürger unterscheidet sich deutlich von dem der deutschen Bevölkerung. So bringen 1 000 ausländische Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren 20 % mehr Kinder zur Welt als 1 000 deutsche Frauen gleichen Alters. Wesentliche Unterschiede bestehen auch in der Struktur des Arbeitskräfteangebots. Beispielsweise arbeiten 63 % aller ausländischen, aber nur 47 % der deutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Von der Gesamtzahl der Beschäftigten sind 17 % der Ausländer, aber 48 % der Deutschen im Angestelltenverhältnis.

Da die Ausländer keine in sich homogene Bevölkerungsgruppe darstellen, ist eine Unterscheidung nach ihrer Staatsangehörigkeit erforderlich. Die folgenden Ausführungen enthalten darüber hinaus eine regionale Betrachtung und eine Differenzierung nach Alter, Geschlecht, Familienstand und nach der Aufenthaltsdauer.

Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten 1960 - 1987

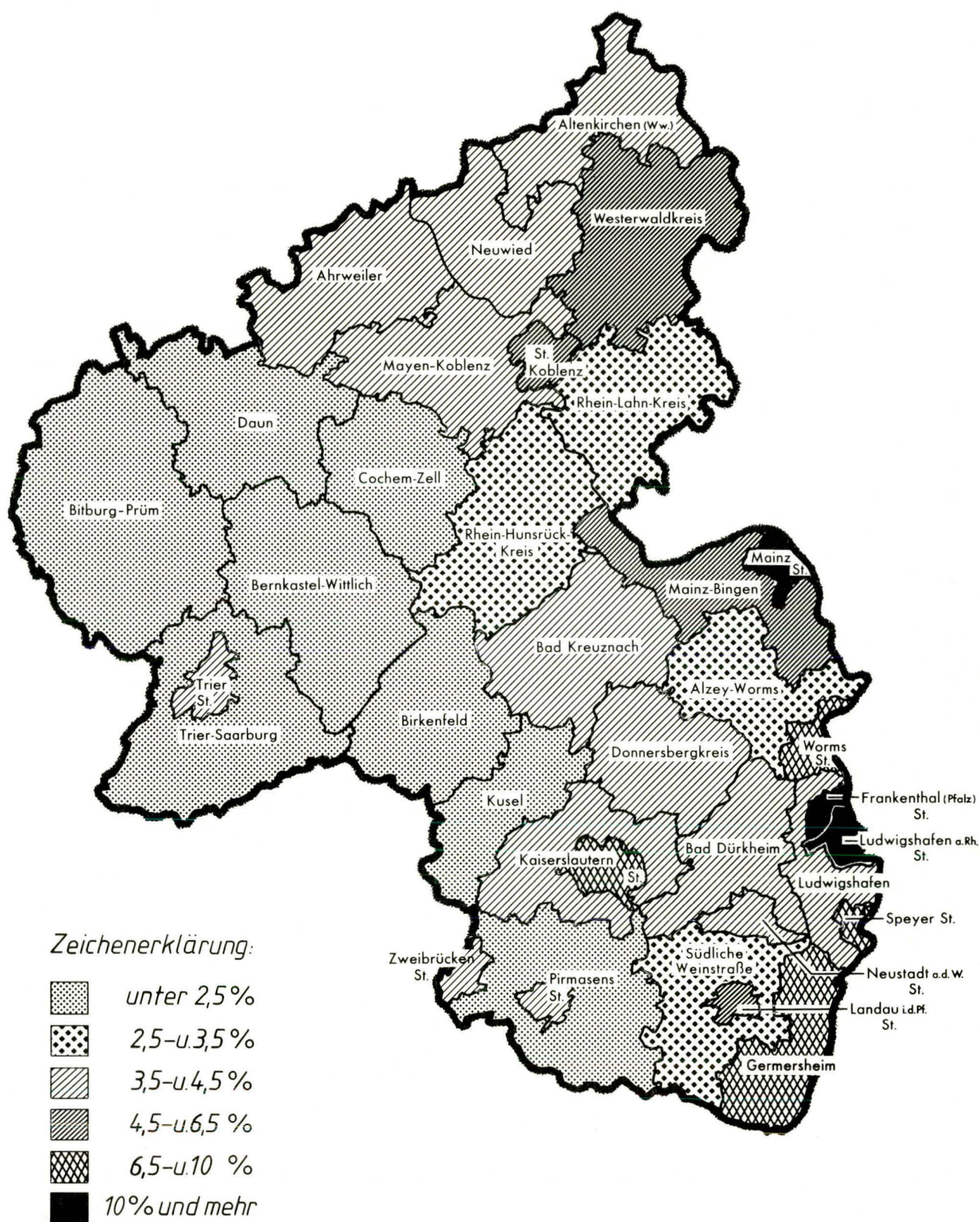


Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten in den Verwaltungsbezirken 1986 und 1987

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Italiener	Jugoslawen	Griechen	Spanier	Türken	Ausländerquote	
	1986	1987						1986	1987 ¹⁾
	Anzahl							%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	5 295	5 302	568	721	110	109	1 711	4,8	4,8
Landkreise									
Ahrweiler	4 686	4 838	467	494	132	200	1 454	4,2	4,4
Altenkirchen (Ww.)	4 943	4 938	484	455	338	173	2 231	4,1	4,1
Bad Kreuznach	5 746	5 897	476	226	73	103	2 819	4,0	4,1
Birkenfeld	1 728	1 791	170	112	15	21	76	2,0	2,1
Cochem-Zell	826	818	78	48	10	5	98	1,4	1,4
Mayen-Koblenz	6 259	6 390	819	543	75	229	2 173	3,4	3,5
Neuwied	6 403	6 735	948	817	99	377	2 092	4,1	4,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 872	2 881	186	227	29	149	758	3,2	3,2
Rhein-Lahn-Kreis	3 685	3 592	498	423	71	57	1 127	3,2	3,1
Westerwaldkreis	7 606	7 718	1 125	784	104	272	3 427	4,5	4,5
RB Koblenz	50 049	50 900	5 819	4 850	1 056	1 695	17 966	3,7	3,8
Kreisfreie Stadt Trier	3 201	3 377	263	146	68	55	108	3,4	3,6
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	2 158	2 327	142	188	20	26	504	2,0	2,2
Bitburg-Prüm	1 626	1 650	115	58	19	25	91	1,9	1,9
Daun	871	902	66	75	10	6	177	1,6	1,6
Trier-Saarburg	2 408	2 397	162	164	17	46	251	1,9	1,9
RB Trier	10 264	10 653	748	631	134	158	1 131	2,2	2,3
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	4 444	4 601	1 490	412	255	101	1 353	10,0	10,4
Kaiserslautern	6 973	7 143	604	502	112	57	871	7,2	7,4
Landau i. d. Pfalz	1 561	1 610	225	107	29	27	255	4,4	4,6
Ludwigshafen a. Rhein	21 893	22 705	5 805	3 002	2 874	429	6 542	14,4	15,0
Mainz	20 689	21 071	4 661	2 693	455	638	4 576	10,9	11,1
Neustadt a. d. Weinstr.	2 023	2 040	171	103	67	31	704	4,2	4,2
Pirmasens	1 629	1 702	216	77	73	26	293	3,5	3,7
Speyer	3 739	3 944	718	1 004	62	36	775	8,7	9,2
Worms	4 636	4 826	501	360	295	59	2 261	6,4	6,7
Zweibrücken	1 108	1 134	159	136	25	71	124	3,4	3,5
Landkreise									
Alzey-Worms	2 886	2 967	215	138	42	62	1 393	2,9	3,0
Bad Dürkheim	4 444	4 882	484	374	194	102	1 521	3,7	4,1
Donnersbergkreis	2 494	2 578	195	152	41	82	1 196	3,8	3,9
Germersheim	6 630	6 965	509	520	102	176	3 615	6,5	6,8
Kaiserslautern	3 580	3 707	311	249	71	145	580	3,8	3,9
Kusel	1 333	1 331	113	68	33	5	326	1,8	1,8
Südliche Weinstraße	2 433	2 534	204	123	150	75	737	2,5	2,7
Ludwigshafen	5 670	5 590	878	445	147	198	2 368	4,4	4,3
Mainz-Bingen	7 296	7 442	1 012	805	149	190	2 466	4,5	4,6
Pirmasens	1 958	1 970	176	160	118	40	158	2,0	2,0
RB Rheinhessen-Pfalz	107 419	110 742	18 647	11 430	5 294	2 550	32 114	6,0	6,2
Rheinland-Pfalz	167 732	172 295	25 214	16 911	6 484	4 403	51 211	4,6	4,8
Kreisfreie Städte	77 191	79 455	15 381	9 263	4 425	1 639	19 573	8,0	8,3
Landkreise	90 541	92 840	9 833	7 648	2 059	2 764	31 638	3,4	3,5

Bezogen auf die Bevölkerung am 30.6.1987.

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung 1987



Türken sind größte Ausländergruppe

Ende 1987 lebten 172 295 Ausländer in Rheinland-Pfalz. Das sind knapp 3 % mehr als im Vorjahr und gut 22 % mehr als vor zehn Jahren. Gleichzeitig ist dies die höchste Zahl seit Bestehen des Landes.

Die mit Abstand stärkste Ausländergruppe in Rheinland-Pfalz sind mit mehr als 51 000 Personen die Türken. Hinzu kommen über 25 000 Italiener und fast 17 000 Jugoslawen. Diese drei Nationalitäten umfassen rund 54 % aller Ausländer. Zu den früheren Anwerbeländern gehören darüber hinaus Griechenland und Spanien, die jedoch mit zusammen weniger als 11 000 Personen nur gut 6 % aller ausländischen Mitbürger in Rheinland-Pfalz stellen. Zahlenmäßig bedeutend sind noch Franzosen, Amerikaner, Polen und Österreicher, sowie – mit jeweils weniger als 3 500 Personen – Iraner, Portugiesen, Niederländer und Briten. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Polen mit 27 % am stärksten angestiegen. Ihre Zahl hat sich seit 1978 mehr als verdoppelt.

Eine Betrachtung der Ausländerzahlen in ihrer zeitlichen Entwicklung zeigt die insgesamt größten Veränderungen für die fünf Hauptanwerbeländer. 1960 lag die Zahl der Ausländer mit einer solchen Staatsangehörigkeit zusammen deutlich unter 8 000, 1987 sind es über

104 000. Die größten Zunahmen waren, insbesondere bei den Türken, infolge der damaligen Anwerbung Ende der 60er Jahre zu beobachten. Eine vorübergehende rückläufige Entwicklungstendenz in den Jahren 1983 und 1984 war Folge des Rückkehrhilfegesetzes von 1983. Von dieser Entwicklung waren wiederum hauptsächlich türkische Staatsangehörige betroffen.

Die deutlichsten zahlenmäßigen Veränderungen in jüngster Vergangenheit haben neben den Polen die Asiaten zu verzeichnen. So hat sich die Zahl der Iraner von 1984 bis 1987 mehr als verdoppelt. Die Zahl der Vietnamesen, die in Rheinland-Pfalz bis 1977 noch unter 100 lag, beträgt seit 1982 deutlich über 1 000. Relativ hohe prozentuale Veränderungsraten zeigen auch Ausländer mit einer Staatsangehörigkeit der Länder Pakistan, Philippinen und Thailand, wenngleich diese Bevölkerungsgruppen an der absoluten Zahl gemessen nur von untergeordneter Bedeutung sind.

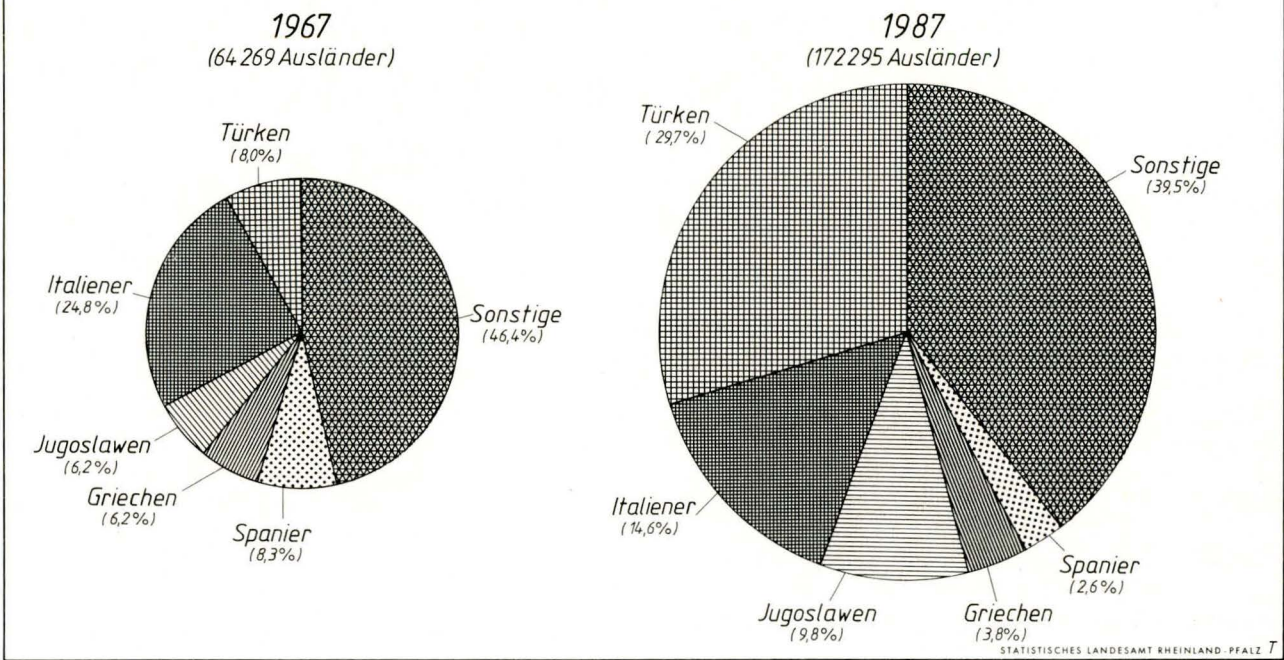
Höchster Ausländeranteil in der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung liegt in Rheinland-Pfalz bei 4,8 %. Das ist erheblich weniger als im Bundesdurchschnitt. Die ausländische Bevöl-

Ausländer nach Staatsangehörigkeit 1977, 1986 und 1987

Staatsangehörigkeit	1977		1986		1987		Veränderung 1987 zu			
							1977		1986	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	124 850	88,5	138 841	82,8	142 632	82,8	17 782	14,2	3 791	2,7
EG-Staaten	56 806	40,3	56 493	33,7	56 685	32,9	- 121	- 0,2	192	0,3
Belgien	851	0,6	1 032	0,6	1 048	0,6	197	23,1	16	1,6
Frankreich	6 780	4,8	7 709	4,6	7 865	4,6	1 085	16,0	156	2,0
Griechenland	7 068	5,0	6 503	3,9	6 484	3,8	- 584	- 8,3	- 19	- 0,3
Großbritannien und Nordirland	2 023	1,4	2 985	1,8	3 056	1,8	1 033	51,1	71	2,4
Italien	24 960	17,7	25 137	15,0	25 214	14,6	254	0,7	77	0,3
Luxemburg	974	0,7	1 138	0,7	1 183	0,7	209	21,5	45	4,0
Niederlande	2 996	2,1	3 442	2,1	3 448	2,0	452	15,1	6	0,2
Portugal	4 673	3,3	3 449	2,1	3 488	2,0	- 1 185	- 25,4	39	1,1
Spanien	6 155	4,4	4 614	2,8	4 403	2,6	- 1 752	- 28,5	- 211	- 4,6
Jugoslawien	17 807	12,6	16 776	10,0	16 911	9,8	- 896	- 5,0	135	0,8
Österreich	4 751	3,4	5 027	3,0	5 084	3,0	333	7,0	57	1,1
Polen	3 433	2,4	5 406	3,2	6 860	4,0	3 427	99,8	1 454	26,9
Türkei	36 774	26,1	49 598	29,6	51 211	29,7	14 437	39,3	1 613	3,3
Afrika	2 726	1,9	5 220	3,1	5 364	3,1	2 638	96,8	144	2,8
Marokko	740	0,5	1 409	0,8	1 544	0,9	804	108,6	135	9,6
Tunesien	1 003	0,7	1 203	0,7	1 231	0,7	228	22,7	28	2,3
Amerika	6 960	4,9	8 578	5,1	8 713	5,1	1 753	25,2	135	1,6
Vereinigte Staaten	5 582	4,0	6 730	4,0	6 793	3,9	1 211	21,7	63	0,9
Asien	4 857	3,4	13 160	7,8	13 644	7,9	8 787	180,9	484	3,7
Indien	572	0,4	990	0,6	865	0,5	293	51,2	- 125	- 12,6
Iran	1 037	0,7	3 277	2,0	3 489	2,0	2 452	236,5	212	6,5
Pakistan	309	0,2	784	0,5	869	0,5	560	181,2	85	10,8
Philippinen	226	0,2	754	0,4	890	0,5	664	293,8	136	18,1
Sri Lanka	24	0,0	713	0,4	724	0,4	700	2 916,7	11	1,7
Thailand	176	0,1	549	0,3	650	0,4	474	269,3	101	18,4
Vietnam	89	0,1	1 383	0,8	1 391	0,8	1 302	1 462,9	8	0,6
Australien und Ozeanien	265	0,2	207	0,1	224	0,1	- 41	- 15,5	17	8,2
Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	1 432	1,0	1 726	1,0	1 718	1,0	286	20,0	- 8	- 0,5
Insgesamt	141 090	100,0	167 732	100,0	172 295	100,0	31 205	22,1	4 563	2,7

Ausländer nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



kerung konzentriert sich hauptsächlich auf die Städte. Die mit Abstand höchsten Ausländeranteile weisen Berlin (West) mit knapp 14 % und Hamburg mit gut 11 % auf. In Schleswig-Holstein (3,3 %), Niedersachsen (4 %) und im Saarland (4,5 %) wohnen auf die Bevölkerung bezogen weniger Ausländer als in Rheinland-Pfalz. (Die Werte für die anderen Bundesländer beziehen sich auf das Jahr 1986).

Auch die regionale Verteilung innerhalb des Landes ist sehr ungleichmäßig. Mit 15 % ist der Ausländeranteil in der Stadt Ludwigshafen am Rhein am größten, während der Landkreis Cochem-Zell mit 1,4 % den kleinsten Wert aufzuweisen hat. Insgesamt haben die kreisfreien Städte eine höhere Ausländerkonzentration. Mit mehr als 10 % bzw. 11 % gilt dies neben Ludwigshafen am Rhein insbesondere für Frankenthal (Pfalz) und Mainz. Unter den Landkreisen hat Germersheim mit knapp 7 % die größte Ausländerdichte.

Besonders deutliche regionale Konzentrationen zeigen sich bei den einzelnen Nationalitäten der früheren Anwerbeländer. Mehr als 44 % der in Rheinland-Pfalz lebenden Griechen wohnen in Ludwigshafen am Rhein. Ausländer mit italienischer, jugoslawischer und türkischer Staatsangehörigkeit bevorzugen neben Ludwigshafen am Rhein auch die Stadt Mainz. So leben 23 % der Italiener, 18 % der Jugoslawen und 20 % der Türken in Ludwigshafen am Rhein. Die entsprechenden Anteile für Mainz lauten 19, 16 und 14 %. Eine relativ hohe Konzentration der Türken liegt mit 11 % auch im Landkreis Germersheim vor.

Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung

Die in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer unterscheiden sich hinsichtlich ihrer demographischen

Strukturmerkmale erheblich von der deutschen Bevölkerung. Während bei der deutschen Bevölkerung der Frauenanteil mit gut 52 % überwiegt, leben mehr ausländische Männer (57 %) als Frauen in Rheinland-Pfalz. Zehn Jahre zuvor hatte der Männeranteil sogar noch zwei Prozentpunkte höher gelegen.

Die Anzahl der unter 15jährigen Ausländer macht mit rund 35 000 gut 20 % aus. Von der deutschen Bevölkerung sind weniger als 15 % in diesem Alter. Der Unterschied ist in erster Linie auf die höheren Fruchtbarkeitsziffern ausländischer Frauen zurückzuführen.

Im Alter zwischen 15 und 65 Jahren sind mehr als 76 % der ausländischen, aber nur gut 69 % der deutschen Bevölkerung. Hier spiegelt sich die starke Ausrichtung der Ausländer auf eine Beteiligung am Erwerbsleben wider. Dies wird auch bei Betrachtung der Altersgruppen der 25- bis 45jährigen deutlich, der über 40 % der ausländischen, aber nur rund 26 % der deut-

Ausländer nach Altergruppen und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet 1987

Altergruppe	Ins-gesamt	Aufenthaltsdauer von ... Jahren					
		unter 1	1-6	6-10	10-15	15-20	20 und mehr
	Anzahl	%					
unter 15 Jahre	35 052	9,6	35,9	27,9	26,5	—	—
15 - 25 "	31 050	9,2	20,9	19,3	18,4	25,7	6,5
25 - 45 "	69 240	5,3	17,0	16,6	20,2	30,5	10,3
45 - 65 "	31 244	2,3	5,6	6,3	9,8	38,5	37,6
65 u. mehr "	5 709	2,5	8,0	5,9	6,9	13,1	63,8
Insgesamt	172 295	6,3	19,2	17,2	18,8	24,3	14,2

Ausländer nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet 1987

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Mit einer Aufenthaltsdauer von ... Jahren							
		unter 1	1 - 4	4 - 6	6 - 8	8 - 10	10 - 15	15 - 20	20 und mehr
	Anzahl	%							
Europa	142 632	5,5	9,3	5,2	8,7	8,2	20,4	27,2	15,5
Belgien	1 048	5,8	11,7	7,4	7,0	5,9	17,4	20,3	24,4
Dänemark	271	10,3	11,8	3,3	7,7	8,1	14,0	21,0	23,6
Frankreich	7 865	5,8	12,7	7,2	8,3	7,4	14,4	19,0	25,2
Griechenland	6 484	3,5	6,4	4,6	4,8	4,0	15,0	38,7	23,0
Großbritannien und Nordirland	3 056	10,2	17,9	9,8	11,0	9,0	19,1	14,2	8,8
Irland	225	15,1	29,3	9,3	10,7	7,1	17,3	9,8	1,3
Italien	25 214	3,8	8,4	5,3	6,8	7,2	17,1	28,7	22,8
Luxemburg	1 183	8,2	18,0	7,1	6,2	3,8	11,0	13,9	31,9
Niederlande	3 448	4,6	11,2	6,1	5,6	4,1	13,6	18,7	36,1
Portugal	3 488	2,7	5,8	2,9	4,9	5,4	35,2	36,3	6,7
Spanien	4 403	1,5	4,6	2,7	3,1	3,1	16,1	36,8	32,1
Jugoslawien	16 911	2,8	5,3	3,5	5,8	5,4	21,6	47,2	8,3
Österreich	5 084	3,7	7,1	3,6	5,3	4,4	13,2	25,1	37,6
Polen	6 860	26,2	23,3	5,5	10,3	2,5	2,9	2,0	27,4
Türkei	51 211	4,5	8,6	5,2	12,1	12,7	27,7	25,0	4,1
Afrika	5 364	8,5	29,5	8,7	11,2	8,7	12,7	15,7	4,9
Marokko	1 544	9,2	19,0	7,6	12,9	10,7	16,1	19,4	5,1
Tunesien	1 231	3,8	12,1	8,9	10,6	9,3	20,1	33,5	1,8
Amerika	8 713	10,0	22,0	9,7	7,2	7,0	15,6	17,7	10,9
Brasilien	469	10,7	23,7	6,2	5,8	3,2	11,9	30,9	7,7
Kanada	394	10,2	17,8	5,3	3,0	7,6	10,2	29,7	16,2
Vereinigte Staaten	6 793	9,6	21,9	9,7	7,0	6,7	16,0	17,3	11,7
Asien	13 644	10,7	42,4	8,9	11,2	10,5	8,4	4,4	3,5
Indien	865	9,1	26,7	9,5	13,4	14,6	14,3	7,2	5,2
Iran	3 489	11,7	57,5	3,7	5,6	5,9	5,4	4,4	5,9
Vietnam	1 391	3,5	13,5	19,4	25,0	34,8	2,5	0,9	0,4
Australien und Ozeanien	224	13,8	7,1	8,0	6,7	3,6	15,2	25,9	19,6
Staatenlose, ungeklärt und ohne Angabe	1 718	3,7	23,5	4,2	6,5	10,7	7,1	5,4	39,5
Insgesamt	172 295	6,3	13,4	5,8	8,8	8,3	18,8	24,3	14,2

schen Bevölkerung angehören. Personen, die 65 Jahre oder älter sind, sind dementsprechend bei der deutschen Bevölkerung mit 16 % wesentlich stärker vertreten. Bei den Ausländern beträgt der Anteil lediglich gut 3 %.

Zehn Jahre zuvor war die Altersstruktur der ausländischen Mitbürger noch stärker von den jungen Leuten geprägt. So gab es damals noch knapp 23 % unter 15jährige und etwas weniger als 47 % 25- bis 45jährige. 65 Jahre und älter waren damals weniger als 3 % der Ausländer.

Auch beim Familienstand bestehen große Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern. 36 % der Deutschen, aber 51 % der Ausländer sind ledig, und 13 % der Deutschen, aber nur 3 % der Ausländer sind verwitwet oder geschieden.

Zunehmende Aufenthaltsdauer

57 % der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer halten sich bereits länger als zehn Jahre im Bundesgebiet auf. Bei gut 14 % liegt der Zeitpunkt der ersten Einreise sogar mehr als 20 Jahre zurück. Damit hat sich die Aufenthaltsdauer gegenüber früheren Jahren deutlich ver-

längert. 1975 waren lediglich 21 % und 1980 knapp 37 % der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländer länger als zehn Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.

Große Unterschiede zeigen sich bei einer Differenzierung nach den einzelnen Nationalitäten. So weisen Angehörige der früheren Anwerbeländer zu einem besonders hohen Prozentsatz eine lange Aufenthaltsdauer auf. Knapp 69 % der Italiener, gut drei Viertel aller Griechen, Jugoslawen und Portugiesen und sogar 85 % der Spanier sind länger als zehn Jahre im Bundesgebiet. Mit 57 % ist der Anteil bei den Türken nicht so hoch, was darin begründet ist, daß in jüngerer Zeit – etwa ab 1979 – noch einmal ein deutlicher Zustrom zu verzeichnen war. Relativ hoch liegt die Aufenthaltsdauer der Österreicher, von denen 76 % über zehn Jahre im Bundesgebiet leben.

Neben der Nationalität ist namentlich das Alter eine Einflußgröße für die Aufenthaltsdauer. Von den unter 25jährigen leben 9,4 %, von den über 45jährigen aber nur noch 2,3 % weniger als ein Jahr in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Aufenthaltsdauer von mehr als zehn Jahren haben 84 % der Ausländer über 65 Jahre, aber nur 50 % der unter 45jährigen.

Diplom-Ökonom Günter Ickler